

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.50 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfusions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehebelte Kolonelle
über deren Raum 60 Pf. für
politische und gemeinnützige Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 28. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Durchbruchssiege in der Grossen Walachei.

Artilleriekampf bei Ypern, an der Somme
und an der Goldenen Bistritz — Die
Fünftageschlacht von Rinnicul Sarat —
Schwere russische Niederlage — Fort-
schritte im Angriff auf Macin.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. De-
zember 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Ypern-Bogen und auf dem Nordufer der Somme
bei mittags guter Sicht starker Feuerkampf, der abends
bei einsetzendem Regen wieder nachließ.

Bei Luftkämpfen küßten die Gegner neun Flug-
zeuge ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Am Graberka-Abschnitt nordwestlich von Zalocz
brachten österreich-ungarische Abteilungen von gelungener
Unternehmung 32 Gefangene und zwei Maschinengewehre
zurück.

Front des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Außer regem Patronenverbrauch, der vielfach zu für uns
günstig verlaufenen Zusammenstößen mit dem Feinde
führte und zeitweise lebhaftem Artilleriefeuer längs der
Höhen auf dem Ostufer der Goldenen Bistritz geringe
Befestigtätigkeit.

Im Ditozal Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Die 9. Armee hat in fünftägigem Ringen die starken,
aus mehreren verdrängten Linien bestehenden, zäh ver-
teidigten Stellungen der Russen an mehreren Punkten
durchbrochen; südwestlich von Rinnicul Sarat sind sie in
einer Breite von 17 Kilometern völlig genommen.

Auch die Donau-Armee brach durch Wegnahme stark
verschanzter Dörfer in die Front des Feindes ein und
zwang ihn zum Zurückgehen in weiter nördlich vorbereitete
Stellungen.

Die Kämpfe waren erbittert; der Erfolg ist der Tat-
kraft der Führung und vollster Hingabe der Truppe zu
danken. Die blutigen Verluste des Gegners sind sehr groß.
Er ließ außerdem seit dem 22. Dezember insgesamt 7600
Gefangene, 27 Maschinengewehre und zwei Minenwerfer
in der Hand der 9. Armee. Die Gefangenenzahl bei der
Donau-Armee beträgt über 1300.

An der Dobrudscha sind im Angriff auf den Brücken-
kopf von Macin Fortschritte erzielt. Luftschiffe und Flieger-
geschwader wirkten mit Erfolg im Rücken des Feindes
gegen wichtige Bahn- und Hafenanlagen.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 27. Dezember abends. (W.L.B.)
Von West- und Ostfront nichts Neues.

Zu der großen Walachei ist Rinnicul Sarat
genommen.

Nordöstlich des Dojran-Sees sind englische Angriffe
abgewiesen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Dezember 1916. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
v. Mackensen.

In der Großen Walachei nehmen die Kämpfe trotz dem An-
treten beträchtlicher russischer Verstärkungen einen günstigen Fort-
gang. Am unteren Cameatulul wurde Raum gewonnen.
Südwestlich von Rinnicul-Sarat haben die Truppen des
Generals v. Falkenhayn in fünftägiger Schlacht die stark aus-

gebauten Stellungen des Feindes in 17 Kilometer Breite durch-
brochen. Es wurden hier seit dem 22. Dezember 7600 Ge-
fangene (meist Russen) und 27 Maschinengewehre eingebracht.
Die Einbuße des Gegners an Toten und Verwundeten ist außer-
ordentlich groß.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Im Grenzraum östlich und nordöstlich von Rezdivasfehly
erhöhte Kampftätigkeit. Sonst bei hohem Schnee und Frost nur
Geplänkel und Geschützfeuer.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Zalocz brachten österreichisch-ungarische
Abteilungen bei einer erfolgreichen Streifung 34 Gefangene und
zwei Maschinengewehre ein.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Begebenheiten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

Ein unmittelbarer Gedankenaustausch
das geeignetste Mittel.

Deutsche Antwortnote an die Schweiz.

Berlin, 27. Dezember. Der Staatssekretär des Aus-
wärtigen Amtes hat heute dem schweizerischen Gesandten in
Beantwortung des Schreibens vom 22. d. Mts. folgende Note
übergeben:

Die Kaiserliche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß
der schweizerische Bundesrat im Verfolg einer schon geraume Zeit
zurückliegenden Fühlungnahme mit dem Herrn Präsidenten der Verei-
nigten Staaten von Amerika bereit ist, auch seinerseits für die
Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung
eines dauernden Friedens tätig zu sein. Der Geist wahrer Mensch-
lichkeit, von dem der Schritt des schweizerischen Bundesrats getragen
ist, wird von der Kaiserlichen Regierung nach seinem vollem Werte
gewürdigt und geschätzt.

Die Kaiserliche Regierung hat den Herrn Präsidenten der
Vereinigten Staaten davon unterrichtet, daß ihr ein un-
mittelbarer Gedankenaustausch als das geeignetste
Mittel erscheint, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen.
Geleitet von den Erwägungen, aus denen Deutschland am 12. De-
zember die Hand bot, darf die Kaiserliche Regierung den ab-
soluten Zusammentritt von Delegierten sämtlicher kriegsführenden
Staaten an einem neutralen Orte vorschlagen.

In Uebereinstimmung mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten
Staaten von Amerika ist die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß
das große Werk der Verhütung künftiger Kriege
erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff
genommen werden kann. Sie wird, sobald dieser Zeitpunkt
gekommen ist, mit Freuden bereit sein, an diesem er-
habenen Auftrage mitzuarbeiten, wenn die Schweiz, die sich treu
den edlen Ueberlieferungen des Landes bei der Linderung der Leiden
des jetzigen Krieges unermügeliche Verdienste erworben hat, auch
ihrerseits zu der Sicherung des Weltfriedens beitragen will, so wird
dies dem deutschen Volke und der deutschen Regierung hoch will-
kommen sein.

Ein im Gedankengang mit der vorstehenden übereinstim-
menden Note hat die k. u. k. Regierung der Schweiz zugehen
lassen.

Wilson's Friedensaktion.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Bülrich gemeldet
wird, haben die Vereinigten Staaten Brasilien ein-
geladen, an der Aktion zugunsten des Friedens teil-
zunehmen.

Eine schwedische Note an die Kriegsführenden.

Amsterdam, 27. Dezember. Nach dem „Daily Telegraph“
ist eine schwedische Note in allen Hauptstädten der krieg-
führenden Länder überreicht worden.

Die Entente im Andrang der Friedensnoten.

London, 27. Dezember. Das Neuterische Bureau erfährt,
daß ein Gedankenaustausch zwischen den Hauptstädten der
Alliierten über die Beantwortung der deutschen Frie-
densvorschläge im Gange ist. Der Entwurf einer
Antwort ist in Paris vorbereitet worden und bildet jetzt
den Gegenstand einer Erörterung zwischen den verschiedenen
Ministerien. Ueber eine Beantwortung der ameri-
kanischen Note ist bisher nichts entschieden
worden, aber es ist unwahrscheinlich, daß ein amtlicher Schritt
mit Bezug auf die amerikanische und schweizerische Note ge-
schieht, bis die Alliierten die deutschen Vorschläge beantwortet
haben.

Siegen! — Womit?

Es ist wirklich peinlich. Herr Trepow hält eine Rede, in
der er Konstantinopel verlangt, ein paar Tage darauf geht
Dufarest in die Binsen. Herr Bokrowsky sagt, es gibt
keinen Frieden, solange der Feind nicht vom russischen Boden
vertrieben ist, da besetzt der Feind Tulcea und Jsaeca
mit günstiger Aussicht auf Bessarabien. Und heute bringt
uns derselbe Draht die Reden der Herren Rodzianko und
Miljukow wie den amtlichen deutschen Heeresbericht, der die
Durchbrechung der russischen Front südwestlich von Rim-
nicul-Sarat in der Breite von 17 Kilometern meldet.

Man soll nicht abergläubisch sein. Aber wenn man sieht,
mit welcher Pünktlichkeit jeder Kriegs- und Siegesrede, die
in Petersburg gehalten wird, ein erhebliches Malheur an der
Front folgt, wird man wohl an das Walten eines noch un-
entdeckten Naturgesetzes glauben dürfen. Dem Jäger glückt
nichts, wenn ihm eine Kage über den Weg läuft. Dem russi-
schen Heerführer geht es ebenso, wenn er eine Siegesrede aus
der Duma gelesen hat.

Man wäre versucht, solchen Gegnern zuzurufen: „Ihr
wollt nicht Frieden schließen, solange ihr nicht gesiegt habt.
Also, bitte, fangt doch endlich einmal mit dem
Siegen an!“

In der ersten Zeit sagtet ihr, ihr wäret überfallen wor-
den und wäret nicht vorbereitet gewesen (obwohl ihr für euren
Militarismus Milliarden und Abermilliarden ausgegeben
habt). Aber die Zeit sei euer Bundesgenosse, und was lange
währt, wird gut. Wir warten nun schon zweieinhalb Jahre,
die uns trotz unerer Siege schwer erträglich gewesen sind,
auf die angekündigte entscheidende Wendung. Aber von dem
Frieden, den ihr uns in Aussicht gestellt habt, entfernen wir
uns immer mehr, weil wir uns von eurem Sieg immer mehr
entfernen. Ihr habt uns unsere Niederlage zugeschworen,
aber ihr macht sie euch und uns etwas schwer. Ihr verlängert
den Krieg durch das greuliche Mißverhältnis zwischen eurem
politischen Appetit und eurer militärischen Unfähigkeit.“

So darf man heute wohl zu den Russen sprechen, und man
darf es als internationaler Sozialist tun, ohne besonderer
Russenfeindschaft geziehen zu werden. Nicht wir; die führen-
den Politiker und Generale Rußlands sind die eigent-
lichen Feinde des russischen Volkes. In diesem Volk steckt
viel Tüchtigkeit, viel Zukunftskraft, aber es leidet unter der
herkömmlichen Mißwirtschaft seiner Herrschenden, und es
leidet nicht allein darunter. Russische Trauer ist heute
auch englische, französische, italienische Trauer, das Blei-
gewicht der russischen Blumpheit zieht den französischen Clan,
die englische Fähigkeit nach sich in den Abgrund.

Man hat uns in der deutschen Presse einen Vorwurf
daraus gemacht, daß wir als die einzigen Nichtteilhaber einer
allgemeinen Erleuchtung auf die Rolle hingewiesen, die die
russischen Machthaber sichtbar als die agents pro-
vocateurs der Kriegsverlängerung gespielt haben. Auch wir
glauben gern, daß es einsichtige Russen gibt, die über das
Treiben ihrer Machthaber verzweifelt sind. Leider aber haben
die vernünftigen Menschen zurzeit in keinem Lande weniger
zu sagen als in Rußland.

Der Dramarbas ist in allen Ländern derselbe. Aber die
Soldaten sind verschieden. Und nirgends ist der Gegensatz
zwischen beiden Typen größer als im Reich der Kontraste, in
Rußland. Nirgends ist darum der schwadronierende Ofen-
hocker für das eigene Volk und für alle anderen Völker eine
größere Gefahr als dort. Und wenn wir uns oft erlaubt
haben, unseren eigenen eingefessenen Weltoberstern einige
freundliche Worte zu widmen, so gibt uns das ein Recht,
auch ihre russischen Gesinnungsverwandten in das Licht
kritischer Betrachtung zu rücken, und von ihnen so zu sprechen,
wie auch ein russischer Sozialist, der sein Volk liebt, nicht
anders reden könnte.

Trotz des Kriegs oder gerade wegen des Kriegs ist der
Frieden eine gemeinsame Sache der Völker, der Kampf
gegen die Kriegsverlängerer ein gemeinsamer Kampf. Es ist
schwer, sich in das Denken jener französischen Sozial-
listen zu versenken — es werden erfreulicherweise immer
wenigere —, die das Manko der russischen Kriegsbilanz mit
französischem Fleiß und Blut zu decken bereit sind. Schon
dämmert es, und es muß auch einmal ein Erwachen in
Frankreich geben, noch ehe es seinen letzten Mann und
seinen letzten Groschen dem Jaren geopfert hat.

Ruhand schuldet den Weltmächten Unermessliches. Ohne
ihr Eingreifen, ohne die Ablenkung deutscher und österrei-
chischer Truppen an die West- und Alpenfront hätte es seine
militärische Unfähigkeit noch ganz anders manifestiert,
wäre sein völliger Zusammenbruch nicht aufzuhalten ge-
wesen! Ohne den russisch-österreichischen Konflikt gab es
keinen Krieg zwischen Deutschland und dem Westen. Ruß-
land hat, Schiebender oder Geschobener, Frankreich und Eng-

streitkräfte abgeschnitten worden. Die russische Front zwischen dem See von Babadag und Turfoia hatte eine Länge von ungefähr 50 Kilometern.

Englischer Bericht aus Saloniki: An der Dojran-Front griffen unsere Truppen mit Erfolg die feindliche Hauptlinie, die Gräben zwischen dem Dojransee und Delbil an. Der Feind erlitt ernste Verluste. Mehrere Geschützstellungen wurden zerstört. Flugzeuge führten einen erfolgreichen Bombenangriff auf den Bahnhof von Kanti und einen feindlichen Transportzug aus. Ein feindliches Flugzeug wurde zerstört, ein zweites zur Landung gezwungen.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 26. Dezember. Amtlicher Heeresbericht vom 26. Dezember.

An der Kaukasusfront führten wir auf dem linken Flügel mit Erfolg einen Ueberraschungsangriff gegen die feindlichen Vorpostenlinien aus und erbeuteten dabei Munition, Grabenkampfwerkzeuge, Ausrüstungsgegenstände und anderes Kriegsmaterial. Unsere Truppen kehrten befehlsgemäß in ihre Gräben zurück, nachdem sie außerdem die feindlichen Lager und Stellungen zerstört hatten.

Von den anderen Fronten ist kein wichtiges Ereignis zu melden. Der osmanische Vizegeneralissimo.

Der englische Vorstoß gegen Kut-el-Amara.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 26. Dezember. Englische Abteilungen, die auf dem rechten Tigrisufer vorgerückt waren, befestigten Stellungen südlich und östlich von Kut-el-Amara. Die Gräben des Feindes auf dem rechten Tigrisufer südwestlich von Kut-el-Amara wurden systematisch beschossen. Unsere Artillerie zerstörte nach einem Nachmarsch das Fort Cassab, 20 Meilen südöstlich von Kut-el-Amara, das lange die Operationsbasis feindlicher Araber gewesen war, vernichtete 60 Tonnen Getreide und erbeutete Vieh. Eine Anzahl Lager feindlicher Araber wurde in Brand gesteckt.

Ein Gefecht in Aegypten.

Der englische Bericht meldet aus Aegypten: Am 23. Dezember nachmittags nahmen unsere berittenen Truppen nach einem Gefecht, das um 9 Uhr vormittags begonnen hatte, eine starke feindliche Stellung bei Maghdaban, 20 Meilen südöstlich von El Arisch. Insgesamt sind bis jetzt 1180 Mann gefangen genommen, wenigstens zwei Geschütze und eine große Menge Waffen und Kriegsgüter erbeutet worden. Die feindlichen Verluste an Toten und Verwundeten sind beträchtlich. Flugzeuge unterstützten den Angriff sowohl mit Bomben wie mit Maschinengewehren aus geringer Höhe und fuhren fort, den Feind zu belästigen.

Dazu verlautet amtlich aus London unterm 26. Dezember: Ueber das Gefecht bei Maghdaban in Aegypten vom 23. d. M. werden weitere Einzelheiten mitgeteilt, die wahrscheinlich die Endziffern darstellen. Insgesamt wurden 1850 Gefangene gemacht, darunter 15 Offiziere. Erbeutet wurden vier Gebirgs- und drei Krupp-Geschütze, eine große Zahl Gewehre, 100 000 Patronen, einige Geschützmunition, ferner eine Anzahl von Pferden und Kamelen, Telephonmaterial und Ausrüstungsgegenstände.

Die ganze in den Kampf verwickelte Streitmacht belief sich auf 1900 bis 2000 Mann, so daß die ganze Streitmacht so gut wie vernichtet wurde. Weiter südlich rückt eine unserer fliegenden Abteilungen durch den Mitla-Paß vor, wobei sie die Verteidigungswerke des Feindes am Ostende des Passes zerstörte und seine Lager bei Sudreil-Heitan und 6 Meilen weiter vortwärts bei Rehi in Brand steckte.

Alle Cykladen in venizelistischen Händen.

Bern, 27. Dezember. Nach einem Wiener Telegramm der „Anconaer Ordine“ werden nunmehr alle zur Cykladengruppe gehörenden Inseln von Beamten der venizelistischen Regierung verwaltet. Die königlichen Behörden sollen auf keiner Agäischen Insel mehr in Wirksamkeit sein.

Das Volk und der Krieg.

Ueber ein Gespräch mit dem früheren rumänischen Ministerpräsidenten Peter Carp berichtet der Kriegsberichterstatter Kirchlechner in der „Kölnischen Volkszeitung“. Carp, der sich befanntlich eifrig für den Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte eingesetzt hat und von dem der Berichterstatter meint, „vielleicht finde er das schwer-

tember brachte: nämlich dem Wiederaufflammen der Sommeroffensive.

Betrachten wir die Gestaltung der feindlichen Front im Sommerabschnitt zu Beginn des September, so läßt sich feststellen, daß diese im Südsüdwest keine nennenswerte Verschiebung erfahren hatte. Aber auch im Nordabschnitt löst die Frontlinie noch immer im wesentlichen in der Form eines stumpfen Dreiecks in unsere Stellung hinein, so daß der allgemeine Druck, den der Feind während des Augustmonats ohne einheitlichen strategischen Plan auf beide Schenkel des Dreiecks wie auch auf seine Spitze ausgeübt hatte, keine wesentliche Veränderung der Verhältnisse im umstrittenen Abschnitt gebracht hatte.

Während also bisher die feindlichen Anstrengungen ohne erkennbaren strategischen Grundgedanken dem etwas plumpen Versuch gedient hatten, durch das Uebergewicht der Zahl und des Materials unsere unerschütterlichen Fronten allmählich zu zermürben, lassen die nun beginnenden Kämpfe ganz deutlich einen bestimmten Grundgedanken erkennen. Wir besitzen überdies Befehle der französischen Heeresleitung, welche das ausdrückliche bestätigen. Dieser Grundgedanke ist der: an Stelle des Abnutzungskampfes wieder den strategischen Durchbruch treten zu lassen.

Bei Beginn der Sommeroffensive schwenkten die beiden gegen uns kämpfenden Heere als nächstes Ziel ihres Durchbruchs wohl die zwei wirtschaftlichen Mittelpunkte des Hinterlandes unserer Ausgangsstellung, die Städte Vapaume und Péronne, vor, ersteres als Ziel der Engländer, letzteres als das der Franzosen. Obwohl die Franzosen an ihr Ziel Péronne bereits im Juli bis auf weniger denn einen Kilometer herangekommen waren, war es ihnen doch während des August nicht gelungen, sich der Stadt noch weiter zu nähern. Aus dem Gesamtverlauf der Kämpfe des Monats September nur ergibt sich mit Deutlichkeit, daß die Franzosen die Hauptrichtung ihres Angriffes und sein erstes Ziel verändert haben. Der genannte französische Befehl verzeichnet als französisches Angriffsziel für den September das Dorf Vertincourt, während die Anstrengungen der Engländer vor wie nach auf Vapaume zielen. Mit einem Worte: auch die Franzosen verlegen im Monat September den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen in den Nordabschnitt. Sie wählen sich eine Richtung, die mit derjenigen der Engländer im wesentlichen zusammenfällt, so daß die Schnittpunkte der Angriffsfronten in der Verlängerung der ursprünglichen Dreiecksfläche liegen.

Indem aber gleichzeitig auch die Kämpfe im Südsüdwest mit unermüdeter Heftigkeit fortwähren, entstehen zwei im wesentlichen getrennte Schlachten. Es sei hier zunächst die allgemeine Entwicklung der Südschlacht während der Monate September und Oktober betrachtet.

In dem nunmehr zu betrachtenden Zeitabschnitt scheint die Übertragung der Stadt Péronne nicht mehr im Mittelpunkt der Bestrebungen der Franzosen zu stehen. Die Angriffe im Bezirk der Südschlacht wenden ihre Hauptkraft aus dem Abschnitt von Péronne nach

geprüfte Land noch einmal wieder unter dem Banner eines bewährten Führers,“ berührte in seinem Gespräch auch die Wirkung der politischen Propaganda einschließlich der rumänischen Presse. Der Berichterstatter schreibt:

„Er schätzte diese Faktoren angesichts des gut entwickelten politischen Instinkts des Rumänen nicht sonderlich hoch ein, und ebenso gering die treibende Kraft der Volksmassen, die angeblich in den verschiedenen Ländern zum Kriege gedrängt und ihn weiter entfacht hätten; die Massen hätten nichts zu entscheiden, in ganz Europa sei dieser Krieg, wo er abgebrochen worden würde, ein Krieg der führenden Schichten, ausgenommen in England, wo der Krieg seit Anbeginn volkstümlich war, weil er der Ausdruck der unvermeidlich gewordenen handelspolitischen Abrechnung war; „der ganze Krieg ist eine Machfrage zwischen England und Deutschland, die früher oder später zum Ausbruch gelangt wäre.“ Hätte in Rumänien die Regierung anders entschieden, wäre das Volk ebenso willig darauf eingegangen.“

Der greise Staatsmann vergaß hier, daß es auch in seinem Lande eine Schicht des Volkes gegeben hat, die während des Krieges durchaus ohne Schwanken energisch in der Öffentlichkeit dargetan hat, daß sie jede Art der Intervention in diesem Kriege ablehnte: die rumänische Sozialdemokratie. Ihr Augenmerk war auf das Ziel einer Föderation der Balkanstaaten gerichtet, von der sie die Kraft zur politischen Unabhängigkeit dieser Staaten inmitten des Widerstreits der großen Mächte erhoffte. (z)

Kabinettskrise in Luxemburg.

Luxemburg, 24. Dezember. Die Meldung eines auswärtigen Matrosen vom Rücktritt des Ministeriums Thorn ist verfrüht. Die Kammer hat mit 41 Stimmen gegen zwei bei vier Enthaltungen dem Ackerbauminister Welter wegen der Lebensmittellieferung ein Mißtrauensvotum erteilt. Staatsminister Thorn hatte vorher die Solidarität der Regierung in diesen Fragen erklärt. Die Kammer richtete sich aber ausdrücklich nur gegen Minister Welter. Die Großherzogin empfing heute die Mitglieder der Regierung und danach den Präsidenten des Staatsrates Vanerls in Audienz.

Luxemburg, 27. Dezember. Das luxemburgische Ministerium hat seine Entlassung nachgesucht. Man erwartet eine Neubildung des Kabinetts unter Ausschließung des Generaldirektors Welter.

Der Seekrieg.

Die Strecke eines U-Bootes.

Der Kapitänleutnant Max Gallentiner hat, wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, bis jetzt nicht weniger als 128 Schiffe von 282 000 Bruttoregistertonnen, darunter im Hafen von Funchal mit „U 88“ innerhalb 10 Minuten das französische Kanonenboot „Surprise“, das englische U-Boot-Transporterschiff „Ganguer“ und den englischen Dampfer „Dacia“ versenkt, außerdem einen Treppentransportdampfer, vier Kriegsmaterial-Transportdampfer und 14 beladene Kohlendampfer. Auf seinen Unternehmungen hatte er zahlreiche Gefechte mit bewaffneten Schiffen zu bestehen, von denen er zwei Geschütze herunterschloß und heimbrachte. In Funchal begnügte er sich übrigens nicht mit der Versenkung der Schiffe, sondern ging dann bis auf 4000 Meter an die Stadt heran, obwohl er bestig von dem Fort aus beschossen wurde. Er selbst erwiderte die Schüsse, erzielte mehrere Treffer im Fort und nahm die Bahnanlagen unter Feuer. Für seine Leistungen ist ihm jetzt der Orden Pour le mérite verliehen worden.

Versenkt. Nach dem „Tempo“ wurde der italienische Dampfer „Emanuele Arca“ (342 Tonnen), nach einer Berner Meldung der italienische Dampfer „Angelo Parodi“ (3825 Tonnen) von einem U-Boot versenkt. Der schwedische Dampfer „Friggera“ (sieh am Weihnachtabend bei Raum auf eine Mine und sank. Die gesamte Besatzung, mit Ausnahme eines Heizers, wurde gerettet. — Bloßmeldung: Die dänische Bark „Johan“ (828 Tonnen) ist gesunken.

Kleine Kriegsnachrichten.

Eine Kundgebung für Wilson. Zahlreiche holländische Nationalverbände telegraphierten am Weihnachtabend an den Präsidenten Wilson ihre Freude über seine Vermittlungsanregung. Sympathie-Depeschen sandten u. a. der Anti-Dorlog-Rad, die freisinnig-demo-

Südosten. Die Römerstraße, welche wie mit dem Lineal gezogen die französische Landkarte von Amiens bis Vermand durchquert, bildet die Nordgrenze der nunmehr sich im Abschnitt der Südschlacht entzündenden Kämpfe. Während bis zum 1. September die Franzosen südlich der Römerstraße kaum nennenswert über ihre Ausgangsstellung hinausgekommen waren, beginnen sie nun mit Macht auf unsere Front südlich der Römerstraße zu drücken, mit dem offensibaren strategischen Ziel, die Kampffront der Sommeroffensive nach Süden zu erweitern. An dieser Stelle dehnt sich nun die Schlacht, welche bis dahin bei Vermandovillers ihren Südpunkt erreicht hatte, von dort bis südlich Chilly aus und erhält in dem Städtchen Chaules ein neues örtliches Angriffsziel.

Zunächst stürmten die Franzosen am 5. September auf der 20 Kilometer breiten Front von Vorleux bis Chilly an und gewannen das in unserer Ausgangsstellung liegende Dorf Chilly und im weiteren Verlaufe ihrer Angriffe am 7. September das Dorf Vermandovillers. Am 17. September eroberten sie im Verlaufe eines gewaltigen Gesamtangriffes die Dörfer Berny und Denicourt. In der Folgezeit nahmen die Kämpfe der Südschlacht eine mildere Form an, bis zu ihrem Wiederaufleben am 10. Oktober. An diesem Tage machten die Franzosen nach mehrtägiger Artillerievorbereitung wiederum einen Fortschritt, welcher die Höhe Gémont und Bovent umfaßte. Im Abschnitt zwischen Gémont und Chaules tobten seitdem heftige Kämpfe, deren Mittelpunkt das Dorf Blaincourt und die benachbarten Waldstücke bilden. Zurzeit befindet sich das letztgenannte Dorf im Besitze der Franzosen. Das feindliche Vordringen hat in Richtung auf das Städtchen Chaules Fortschritte gemacht.

Während die Gefechtsabhandlungen der Südschlacht sich bis zum 10. Oktober nur in ihrem Südsüdwest nach der Römerstraße abspielten, hat im letzten Drittel des Oktobers eine Gruppe von Kämpfen stattgefunden, deren Mittelpunkt die bereits seit 16. Juli im Besitze der Franzosen befindliche Waissonnette-Ferme und die sie mit Viaches verbindenden Gräben bildeten. Am 18. Oktober nahmen die Franzosen einen Teil unserer Stellungen zwischen Waissonnette und Viaches. Am 21. wurde ein Gegenstoß angelehrt, der einen Teil der verlorenen Gräben zurückgewann. Am 29. Oktober brachte ein neuer Angriff uns nicht nur den Rest der verlorenen Stellungen, sondern darüber hinaus die Wiedereroberung der Waissonnette-Ferme.

Der November brachte die Südschlacht zu nahezu vollständigem Stillstand. Einzige eine Gruppe örtlicher Kämpfe ist hervorzuheben, die sich um den Besitz des Dorfes Pressoire und des südlich davon gelegenen Waldes dreht. Weidig ging am 7. November an den Feind verloren, wir versuchten in hin und her wogenden Kämpfen vergebens, Dorf und Wald wieder in unseren Besitz zu bringen. Im übrigen beschränkte sich die Gefechtsstätigkeit im Südsüdwest während des ganzen Monats November auf Artilleriegefechte von wechselnder Stärke und auf Patrouillenkämpfe. (W. Z. B.)

(Fortsetzung folgt.)

französischer Partei, der nationale Frauenbund, der allgemeine Protestantenbund, der Friedensbund Friede durch Recht, das internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden. Die Vereine wollen das ihre tun, um die kriegführenden Parteien zu überzeugen, daß das neutrale Europa Wilsons Versuch vereint unterjocht.

Landsturm-Musterung in Oesterreich. Wien, 27. Dezember. Die Wälder veröffentlichte eine Bekanntmachung, durch die die Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1898 bis einschließlich 1902 zu einer neuerlichen Musterung, die in der Zeit vom 15. Januar bis 5. Februar 1917 stattfindet, aufgerufen werden.

Erfolge deutscher Kampfflieger. Am 26. Dezember schossen, wie W. Z. B. meldet, unsere Flieger 9 feindliche Flugzeuge ab. Hier- von sind 6 hinter unseren Linien abgestürzt oder zur Landung gezwungen worden, ein weiteres liegt zertrümmert etwa 50 Meilen vor unserer vordersten Linie. Der Absturz und die Zertrümmerung der restlichen zwei hinter den feindlichen Linien konnte einwandfrei durch Beobachtung auch von der Erde aus festgestellt werden. Eine ganze Reihe weiterer Abschüsse ist noch gemeldet. Sie sind in dieser Aufstellung noch nicht berücksichtigt, weil nähere Einzelheiten noch ausstehen. Wir verloren 2 Flugzeuge, eins im Luftkampf, eins durch tödlichen Absturz. — Die Hauptkampftätigkeit der Flieger spielte sich in der Sommergegend ab. Die Leistung der deutschen Flieger ist um so bemerkenswerter, als die Witterung durchaus ungünstig war. An der ganzen Westfront herrschte Regen und Schneegestöber.

Der Ruhemarschall. Die französische Regierung beschloß, Joffre in Anerkennung seiner hervorragenden Dienste die Würde eines Marschalls von Frankreich zu verleihen.

Die französische Kohlennot und die Bergarbeiter. „Matin“ zufolge hat die französische Regierung beschlossen, zur Steigerung der Kohlenproduktion die Bergarbeiter der Jahrgänge 1900/02 vom Heeresdienst zurückzustellen.

Bewaffnung französischer Handelsschiffe. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Bordeaux wurden verschiedene Handelsschiffe, um sich gegen die deutschen U-Boote verteidigen zu können, mit Kanonen ausgerüstet.

Englische Handelsespionage? Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Wie uns mitgeteilt wird, ging von holländischer Seite neuerdings verschiedene deutschen Firmen ein Schreiben zu, worin allerhand Aufschlüsse nicht nur über Fabrikation unter normalen Verhältnissen, sondern Angaben darüber erbeten werden, ob sie mit anderen Firmen Verkaufsgemeinschaft haben, ob sie Preis-konventionen und Verbänden angehören usw. Die Veranlassung zu der Anfrage wird nicht angegeben. Man sei beschäftigt, sein Archiv in Ordnung zu bringen und zu ergänzen. Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß hinter der Anfrage aller Wahrscheinlichkeit nach englische Handelsespionage zu suchen ist.

Letzte Nachrichten.

Die Gründe für Burians Rücktritt.

Budapest, 27. Dezember. (Z. U.) Ueber die Gründe für den Rücktritt des Barons Burian veröffentlicht „Az Est“ folgende aus den Kreisen der Regierungspartei stammende Information: Clam-Martiniß bildete das österreichische Kabinett unter der Voraussetzung, daß sowohl der Reichsrat wie die Delegationen einberufen werden. Er glaubte seine Aufgabe leichter erfüllen zu können, wenn in der Delegation die äußere Politik der Monarchie nicht durch Burian vertreten würde. Gleichzeitig waren innerpolitische Schwierigkeiten zu erwarten und die Regierung wäre auch gezwungen gewesen, gegen Angriffe zu kämpfen, die gegen die Person Burians auch von österreichischer Seite zu erwarten waren. Graf Tisza sah ungern den Abgang Burians. Burian neigte aber selbst zur Demission, um die Lage des Clam-Martiniß-Kabinetts zu erleichtern.

Tardieus Klage. — Es flabht nicht!

Rotterdam, 27. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Im „Petit Parisien“ befragt Tardieu die gegenwärtige Methode des Zusammenwirkens der Alliierten, die er als kindisch bezeichnet. Er tritt für den Vorschlag Kennedys ein, einen Generalfstab der Alliierten einzusetzen.

Die neutrale Friedensfront.

Amsterdam, 27. Dezember. „Times“ meldet aus Washington: Man hofft hier dringend, daß Holland, Schweden und andere neutrale Staaten sich der Schweiz anschließen werden, um Wilsons Friedensnotate zu unterstützen. Berichte aus Südamerika besagen, daß dort eine ziemlich starke Stimmung für derartige Schritte herrscht. In Nordamerika wird die Note von einer großen Mehrheit der öffentlichen Meinung gutgeheißen.

Briand unapflichtig.

Basel, 27. Dezember. Dasas teilt mit, daß Briand wegen Unpäßlichkeit an den Beratungen des Ministerrats nicht teilgenommen habe. („Zf. B.“)

Bratianu entschuldigt sich bei den Verbündeten.

Amsterdam, 27. Dezember. (Z. U.) Der „Trib“ wird aus Paris gemeldet, daß nach Berichten aus Jassy vom 26. Dezember der Premierminister Bratianu erklärt habe:

„Die Bundesgenossen wissen, daß der Widerstand der rumänischen Armee mit der größtmöglichen Energie geführt worden sei. Wir scheuen uns nicht, die Fehler einzugestehen, welche gemacht worden sind. Die Niederlage, die wir erlitten haben, ist hauptsächlich auf den Mangel an Reserven zurückzuführen. Während der letzten 3 Monate sind die rumänischen Truppen ununterbrochen angegriffen worden. Nach dem ermüdeten Rückzuge sei es nötig, daß sie reorganisiert würden, und dem widme nun der Generalfstab seine Aufmerksamkeit. Die Bundesgenossen könnten überzeugt sein, daß die rumänische Armee ihre Pflicht tun und auf dem Posten sein werde, um zu dem allgemeinen Siege beizutragen, wenn die Offensive beginne. Wir erhalten fortwährend, so erklärte Bratianu, alles Material und Munition, welche nötig ist, und unsere Vorräte reichen aus. Wir sind vor allem Frankreich zum Dank verpflichtet, weil es uns freudig mit allem versehen hat, was wir nötig haben.“

England: eine belagerte Stadt!

Amsterdam, 27. Dezember. (Z. U.) Nach einem jetzt eingetroffenen Sitzungsbericht des englischen Unterhauses gab der neue Landwirtschaftsminister Brothors eine Uebersicht über die Pläne der Regierung bezüglich der Lebensmittellieferung. Der Minister setzte den großen Ernst der Lage auseinander und wies darauf hin, daß bedacht werden müsse, daß man sich eigentlich in einer belagerten Stadt befinde. Wenn nicht für die Fabrikation der Lebensmittel im Lande selbst gesorgt werde, dann würde man in die ersten Sorgen geraten können. Der Minister gab zu, daß er mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. An erster Stelle machte ihm die Frage der Arbeitskräfte große Sorge. Er hoffe jedoch, daß ihn die Vauern unterstützen würden und daß man ihm auf dem Kriegsministerium zu Arbeitskräften verhelfen könne. Weiter teilt der Minister mit, daß lokale Kommissionen gebildet werden sollen, um zu untersuchen, welche Ländereien noch für den Anbau von Lebensmitteln sich eignen. Zum Schluß sprach der Minister aus seine feste Ueberszeugung aus, daß auf den Korn- und Kartoffelfeldern Großbritanniens der Sieg in diesem großen Kriege gewonnen oder verloren werden könne.

Die Kölner Mörder überführt und festgenommen.

Köln, 27. Dezember. Die beiden Mörder des Agenten Johann Hofekamp und seines Sohne sind der Tat überführt. Der zweite Mörder Käfer ist jetzt auch von der Kriminalinspektion festgenommen worden.

Gewerkschaftliches.

Regelung des gewerkschaftlichen Versammlungsrechts im Bezirk des 9. Armeekorps.

Das Stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps zu Altona hatte angeordnet, daß jede Versammlung, auch die geschlossenen Mitglieder- und Betriebsversammlungen der Gewerkschaften, mindestens eine Woche vor Beginn unter Angabe des Ortes, der Zeit und der genauen Tagesordnung angemeldet werden müsse. Zu haltende Vorträge sollen rechtzeitig vorher der Polizeibehörde zur Durchsicht vorgelegt werden. Punkte wie „Verschiedenes“ und dergleichen und Diskussionen nach den Vorträgen wurden nicht zugelassen. Durch jene Bestimmungen und die Art, wie sie gehandhabt wurden, war jede nutzbringende gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden. Die Generalkommission hat deshalb gegen die in Frage kommende Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos des 9. Armeekorps beim Kriegsministerium Beschwerde erhoben und gebeten, das Stellvertretende Generalkommando zu veranlassen, die Verordnung aufzuheben und den Gewerkschaften zu gestatten, Mitgliederversammlungen, Werk- und Betriebsversammlungen abzuhalten, wenn sie 48 Stunden vorher angemeldet werden.

Die das Kriegsministerium (Kriegsamt) unter Nummer 3644/11. 16 B. 5 mitteilt, hat das Stellvertretende Kommando des IX. Armeekorps den vorgebrachten Wünschen wegen Vereinsbetätigung der Gewerkschaften durch entsprechende Verordnung Rechnung getragen. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

„Soll eine der im Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 26. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 685) bezeichneten Versammlungen stattfinden, so genügt es, wenn der Antrag auf Genehmigung 48 Stunden vor der Versammlung bei der Polizeibehörde eingereicht wird. Die Vorträge bedürfen keiner vorherigen Vorlegung und das Verbot der Diskussion findet auf jene Versammlungen keine Anwendung.“

Die Zivilbehörden werden ersucht, vorstehende Bestimmungen den beteiligten Kreisen bekannt zu geben.
Altona, den 25. 11. 16.

Der Stellv. Kommandier. General
gez. v. Falke, General der Infanterie.“

Das in der Bekanntmachung erwähnte Gesetz zur Änderung des Vereinsgesetzes vom 26. Juli 1916 bestimmt:

Die Vorschriften der §§ 8, 17 des Reichsvereinsgesetzes über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen.“

Den gewerkschaftlichen Organisationen ist also durch die neue Bekanntmachung die unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit gewährleistet.

Sollten in anderen Armeekorpsbezirken Deutschlands noch weitergehende Beschränkungen des Vereinsrechtes gegenüber den Gewerkschaften bestehen, dann empfiehlt es sich, bei dem Stellvertretenden Generalkommando wegen einer anderen Re-

gelung des gewerkschaftlichen Versammlungsrechtes vorstellig zu werden und eventuell die Vermittlung der Generalkommission anzurufen. (z)

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe.

Das „Kesseltreiben“.

Lohnforderungen von sieben Arbeiterinnen, die sie in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission für Militär- Schneiderarbeiten gegen die Firma Plauth u. Jöllner geltend machten, hatten eine Vorgeschichte in einem Prozeß der Frau Kay gegen dieselbe Firma. In dem Vorprozeß handelte es sich darum: Frau Kay hatte Militärhosen und Jacken von der Firma Plauth u. Jöllner übernommen. Sie erhielt eine Zeitlang nur den für den sogenannten „letzten Arbeiter“ tariflich festgelegten Lohn, da Herr Plauth nach seinen Erklärungen annahm, es handele sich nicht um eine Zwischenmeisterin. Tatsächlich hatte sich Frau Kay im Laufe ihrer Beziehungen zu der Firma zur Zwischenmeisterin „entwickelt“ und bis zu acht Personen beschäftigt. Als ihr Verhältnis zur Firma einen Bruch erlitt, verklagte sie Plauth u. Jöllner auf Auszahlung des ihr zustehenden Zwischenmeisteranteils mit etwa 1000 M. Im Hintergrund stand die Klage der Arbeiterinnen, denn die Arbeiterinnen hatten von ihr weniger erhalten, als den tariflichen Lohn des letzten Arbeiters, den Kay selber in der fraglichen Zeit ja nur erhielt. Um den Arbeiterinnen der Frau Kay das, was ihnen gebührt, auf jeden Fall zu sichern, gab die Schlichtungskommission nicht dem Antrage der damaligen Klägerin Kay statt, sprach ihr also nicht durch Urteil den Zwischenmeisteranteil zu, sondern wählte einen passenden Ausweg. Es wurde nämlich ein Vergleich erzielt, durch den sich Herr Plauth bereit erklärte, bei den in Aussicht stehenden Klagen der Arbeiterinnen der Frau Kay diesen Arbeiterinnen direkt die Differenzbeträge zu zahlen.

Und nun waren die Arbeiterinnen, sieben an der Zahl, aufmarschiert und verlangten von Herrn Plauth das, was ihnen Frau Kay weniger gezahlt hatte als der Tarif des Bekleidungsamts für den letzten Arbeiter vorhielt.

„Ein wahres Kesseltreiben ist infolge jenes Vergleichs gegen mich losgebrochen!“ erklärte Herr Plauth. Er lenkte aber gleich ein und betonte, daß er zahlen wolle, was er versprochen habe. Indessen, die Aufforderung der Klägerinnen gebe über sein Zugeständnis hinaus. Es ergebe sich, daß Frau Kay den Arbeiterinnen noch weniger gezahlt habe, als womit er nach den Angaben der Frau hätte rechnen können und müssen. Die frühere Klägerin Kay habe von ihm selber nur annähernd 1000 M. verlangt, die Arbeiterinnen verlangten aber zusammen von ihm etwa 1600 M.

Um die Klägerinnen vor dem zeitraubenden Umwege eines Feststellungsprozesses gegen Frau Kay und vor sonstigen Weiterungen zu bewahren, wurde auf einen Vergleich hingewirkt. Er kam zustande. Herr Plauth zahlt die Hälfte dessen, was die Klägerinnen als Forderung aufgestellt hatten.

Damit war das Kesseltreiben beendet.

Eine kleine Weihnachtsfreude.

Der Schneiderverband, vertreten durch Runge, klagte für die Militär Schneiderarbeiten gegen Sch. auf Lohnnachzahlung von 46 M. Es ist das alte Lied. Der gute Sch. hat als Zwischenmeister gewirkt und für verschiedene Firmen Arbeiten übernommen, während die Firmen glaubten, sie hätten es mit einem Einzelarbeiter zu tun, sie gewährten ihm deshalb keinen Zwischenmeisteranteil. Und die Arbeiterin erhielt von ihm nicht den Tarif für den letzten Arbeiter. Infolge der Klage des Schneiderverbandes nahm Herr Sch. Regreß von drei seiner Auftraggeber, die Herren W., M. und G., denn nun wurde ihm das Fehlen des Zwischenmeisteranteils fühlbar. Zu dem Termin vor der Schlichtungskommission erscheint Sch.

nicht, wohl aber erscheinen zwei der drei mit herangezogenen Auftraggeber, die Herren M. und G. Beide erklären, sie seien durch Sch. über seine Zwischenmeisterfunktion getäuscht worden. Besonders Herr M. unterstreicht es und betont, er habe Sch. ausdrücklich gefragt, ob er Heimarbeiter sei, was Sch. mit einem Ja beantwortet habe. Auch hätte er dem Sch. ausdrücklich gesagt, er gebe keine Arbeit an Zwischenmeister.

Runge macht den Herren einen Vergleichsvorschlag, um der Klägerin wenigstens den größeren Teil ihrer Forderung baldigt zu sichern: Auf Herrn M. würden von der Summe bei angemessener Verteilung 7 M., auf Herrn G. 20 M. entfallen, der Rest auf den abweisenden Herrn W. Herr W. möge 5 M. zahlen, Herr M. 15 M. Die Herren haben erst kleine Bedenken, für den vielseitigen Zwischenmeister gewissermaßen einzutreten. Magistratsrat von Schulz: „Ach, meine Herren, dem Sch., der nicht bezahlt hat, sollen Sie keinen Gefallen tun. Aber — machen Sie der Klägerin eine kleine Weihnachtsfreude!“ Wer kann da dem lieben Herrn von Schulz widerstehen. Schon ist der Vergleich nach dem Vorschlage von Runge geschlossen.

„Und den Herrn G., den dritten Auftraggeber des Beklagten holen wir uns noch, damit er auch seinen Anteil gibt.“ — Mit den Worten schließt Herr von Schulz die Verhandlung in dieser Sache.

Einen Vergleich über 100 Mark erzielte der Schneiderverband in einem weiteren Prozeß gegen einen Unternehmer, den er für eine Arbeiterin führte. Es handelte sich um eine Nachforderung von tarifmäßigem Affordverdienst bei tarifwidriger Abrede von Wochenlohn.

Die Wöttcher und die Teuerungszulagen.

Eine gut besuchte Versammlung der Wöttcher beschäftigte sich mit den Teuerungszulagen in den einzelnen Betrieben. Die Klapschus ausführte, wird jetzt die Teuerungszulage sehr unterschiedlich bezahlt, sie schwankt zwischen 10—90 Proz. Es sei dringend notwendig, daß nirgends unter 35 Proz. gezahlt werde. Große Entrüstung rief es hervor, als Klapschus mitteilte, daß der Verein der Brauereien erklärt hätte, die zuletzt bewilligte Zulage von 2,50 Mark wöchentlich sei als die letzte zu betrachten. Zahlen die Brauereien doch im ganzen nur eine wöchentliche Zulage von 7,50 M., die zu der jetzigen Teuerung in gar keinem Verhältnis steht. In der Diskussion wurde von allen Rednern erklärt, daß es gar nicht möglich sei, bei der jetzigen Teuerung mit den niedrigen Löhnen auszukommen. Die Kollegen in den Brauereien wurden verpflichtet, da einzelne Brauereien schon 3 M. mehr zahlen, diese 3 Mark überall zu fordern. Eine in diesem Sinne angenommene Resolution beauftragt den Vorstand, alles zu versuchen, um den Wöttchern in Brauereien die Teuerungszulagen zu erwirken.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121 h), haben soeben das 26. Heft ihres 22. Jahrganges erscheinen lassen.
„Die Glocke“, Heft 29, Sozialistische Wochenchrift, herausgegeben von Harms, 20 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, SW. 68.
„Arbeiterpolitik“, Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus, 27. Heft, Einzelnummer 15 Pf. — Verlag der „Arbeiterpolitik“, Bremen.
„Im Deutschlands Zukunft“, Heft 1, Das Volk und der Krieg, von Max Golden-Kentz, 40 Pf. Herausgegeben vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler. — Reimar Hobbing, Berlin.
„Im Türkischen Hauptquartier“, von F. Schneider, 3,50 M., geb. 4 M. — Heise u. Beder, Leipzig.
„Werner Siemens“, Ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, herausgegeben von E. Rathjoh, 2 Bände, 20 M. — J. Springer, Berlin, W. 9.
„Der Räderlehrer“, Novelle von E. Groag, 2,50 M., geb. 3,50 M. E. Konegen, Wien 1.

A. WERTHEIM

Wein

Moselwein

- 1911 Rütlinger Schloßberg . . . Fl. 1.10
- Pündericher Rosenberg Fl. 1.30
- 1911 Mesonicher Kuckucksflag Fl. 1.60

Rheinwein

- 1915 Edenkobener Fl. 1.30
- 1913 Niersteiner Monzenberg Fl. 1.60
- 1911 Rüdesheimer Fl. 2.25

Rotwein

- 1911 Dom de Maisonneuve Fl. 2.60
- 1913 Dom du Pont de Roy . . . Fl. 2.80
- 1909 Chât. Grand Puy Ducasse Fl. 3.00
- 1911 Chat. Langlade Fl. 3.00

Südwein

- Feiner Alter Tarragona Fl. 2.25
- Vinhô do Portugal Supérieure Fl. 2.75
- Feiner Alter Shery Fl. 3.75
- Feiner alter Portwein Fl. 3.00
- Oesterr. Dessortwein Fl. weiß 2.75 rot 2.50

- Kognac Deutscher Weinbrand Fl. 8.00 1/2 Fl. 4.25
- Kognac Machol Gold Fl. 9.50 1/2 Fl. 5.00

Schaumwein

- Olympia Gold Fl. 2.10
- Schutzgrünlack Fl. 5.50
- Rotkäppchen Fl. 5.50
- Montelimar-Fils Fl. 6.50
- Foist Feldgrau Fl. 6.50

Verschied. feine Liköre und Sylvester-Punsch

Glaswaren

- Bierkannen gepreßt 55 60 75 Pf.
- Groggläser gepreßt 15 Pf.
- Likörgläser gepreßt 8 10 Pf.
- Wassergläser gepreßt 8 9 Pf.
- Zuckerschalen gepreßt 10 Pf.

- Rotweingläser Mathilde, geschl. . . . 35 Pf.
- Süßweingläser Mathilde, geschl. . . . 30 Pf.
- Likörgläser Mathilde, geschl. 23 Pf.

Ein großer Posten

- Bierbecher i. versch. Formen u. Größen 15 Pf.

- Bowlengläser mit Henkel 25 48 Pf.
- Bowlenkannen geschliffen 1.50 2.10
- Likörgläser geschliffen 18 20 38 Pf.
- Weinrömer geschliffen 65 Pf.
- Wassergläser geschliffen 30 35 Pf.

- Rotweingläser Kristall graviert 50 Pf.
- Rheinweingläser Kristall graviert 50 Pf.
- Süßweingläser Kristall graviert 40 Pf.
- Likörgläser Kristall graviert 38 Pf.
- Sekt-Kelche Kristall graviert 50 Pf.

Glas-Bowlen — Stein-Bowlen

Neujahrspostkarten Stück 2 bis 10 Pf.

Neujahrskarten mit Umschlägen . . . 10 Stück 20 bis 75 Pf.

Silvester-Artikel Verkauf im Erdgeschoß

Kontorkalender in verschiedenen Ausführungen

Abreißkalender in verschied. Ausführungen 20 38 48 65 75 95 Pf.

Geflügel

- Gänse, Enten zu Tagespreisen
- Ausgeschlacht. Gänsefleisch Pfund von 4.50 an
- Gänse-Pökelfleisch Pfund von 4.50 an
- Gefrorene Suppenhühner Pfund von 3.25 bis 4.50

Ausstellung der „Praktischen Berlinerin“:

Moderne Kleider

umgearbeitet aus alten, unmodernen Kleidungsstücken

Eröffnung am Freitag, 29. Dezember, 12 Uhr, Leipziger Platz, Erdgeschoß.

Konserven

- Schellfisch in Gelee Dose etwa 1 Pfd. 2.10
- Nordsee-Muscheln Dose etwa 1 Pfd. 2.25
- Fischsülze Dose etwa 1 Pfd. 1.56
- Goldbutt in Gelee Dose etwa 1 Pfd. 2.20
- Schollen in Gelee Dose etwa 1 Pfd. 2.15
- Krabben in Gelee Dose etwa 1 Pfd. 1.85
- Fischklöße Dose etwa 2 Pfd. 3.95
- Mittagsfisch gebraten, Dose 2.95

- Gänsekeulen im eigenen Saft, Dose 7.25
- Geräuch. Gänsebrust u. -Keulen zu Tagespreisen

Fische

- Frische Eis-Aale Pfund von 3.50 an
- Lebende Aale zu Tagespreisen
- Frische Seemuscheln
- Salzfische Pfund 1.80
- Frische Seefische zu Tagespreisen
- Tarbutt Pfund 2.90
- Seezungen Pfund 4.50

Räucherwaren

- Bäcklinge Stück von 20 Pf. an
- Räucherheringe Stück von 70 Pf. an
- Räucheraale Pfund von 8.50 an
- Dorsch-Rogen Ersatz für Fleisch gebraten und ihr Suppen zu verwenden, Kavlar-Ersatz Pfund 2.60
- Rauchfisch Pfund 2.60
- Fischbrühwurst Pfund 3.40
- Muschelfleisch i. Gelee Pfd. 1.60 4 Lit. Dos. 9.60
- Schellfisch in Gelee Pfd. 3.20 4 Lit. Dos. 19.00
- Sardellen Pfund 6.00 | Anchovis Pfund 2.40
- Saure Gurken Stück von 20 Pf. an

Obst u. Gemüse

- Spinat Pfund 33 Pf.
- Rosenkohl Pfund 65 Pf.
- Sellerieknollen Pfund 30 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 55 Pf.
- Schnittlauch Topf 65 Pf.
- Ausländische Walnüsse Pfund 2.50 Pf.
- Tafel-Aepfel Pfund 75 90 Pf.
- Zitronen Dtz. v. 75 Pf. an Feinen, Datteln

Zur Kartoffelfrage.

Ein Briefwechsel.

Dem Genossen Braun ging nach seiner letzten Rede im preussischen Abgeordnetenhaus über die Lebensmittelversorgung von einem preussischen Landrat ein Schreiben zu, dessen Inhalt für die jetzt so brennende Frage der Kartoffelversorgung von allgemeinem Interesse ist. Wir bringen daher den Brief unter Weglassung des Namens und Orts sowie die Antwort des Genossen Braun zum Abdruck:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zeitungsberichte zufolge haben Sie behauptet, daß Kartoffeln in den größeren Städten nicht vorhanden wären, da diese zweifellos von den Landwirten zurückgehalten würden.

Holla diese Angaben zutreffen, erlaube ich mir zur Klarstellung auf die hiesigen Verhältnisse hinzuweisen. Sofort nach Eingang der Lieferungsanträge hat der Kreis versucht, schleunigst Kartoffeln den Bedarfsverbänden zuzuführen. Ich habe darauf hingewiesen, daß im Oktober die Lieferung schwerer sein würde, da dann die Herbstbestellungen und die Rübenabfuhr hindernd in den Weg treten würden und ebenso der Leute- und Pferdemangel eine beschleunigte Abfuhr unmöglich machte. Frühzeitig im September dagegen wäre eine Lieferung sehr wohl möglich. Dessenungeachtet hat die Mehrzahl der Bedarfsverbände größere Lieferungen vor Oktober abgelehnt. Man wird dies Verfahren nicht anders als eine Spekulation auf den niedrigen Oktoberpreis, die ja verständlich ist, bezeichnen können. Wer aber spekuliert, darf sich nicht darüber beklagen, daß es nachher im Oktober nicht möglich ist, soviel zu liefern wie gewünscht wird. So defizitierte ein Bedarfsverband z. B. im Oktober eine Wochenlieferung von 17000 Zentnern. Solche einseitigen, auf Unkenntnis beruhenden Wünsche lassen sich natürlich nicht erfüllen, wenn viele Stellen gleichzeitig befriedigt werden sollen und die Höchstmengen der Wochenlieferung etwa 35000 Zentner beträgt. Nach jetzt lehnen einzelne Empfänger die Übernahme der Frostgefahr ab, obwohl sie doch dem Landwirt gerechterweise nicht gut zumuten können, seinerseits die Frostgefahr zu übernehmen, während sie ihrerseits eine Lieferung in einer Zeit, in welcher eine Frostgefahr nicht bestand, abgelehnt haben. Soweit mir bekannt und ich auch von meinen Amtsgenossen und Nachbarn habe hören können, steht diese meine Erfahrung nicht vereinzelt da. Wie ich denn leider überhaupt sagen muß, daß nach den hiesigen Erfahrungen die Schwierigkeiten der Kartoffellieferung nicht so sehr beim Abnehmer als beim Empfänger liegen. Ich erlaube mir dies mitzuteilen, da ich annehme, daß auch Sie, Herr Abgeordneter, an einer Klarheit der Verhältnisse ein großes Interesse haben müssen und vielleicht infolge dessen Gelegenheit finden, Ihre Vorwürfe, die sich doch anscheinend gegen die Landwirte in der Allgemeinheit richten, den Tatsachen entsprechend einzuschränken. Vielleicht können diese meine Erfahrungen als kleiner Beitrag dienen zur Behebung der Unkenntnis von den gegenseitigen Verhältnissen, insbesondere zwischen Stadt und Land, die meiner Ansicht ein größerer Feind für eine gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes als die äußeren Feinde ist.

Sehr ergebenst

(Name.)

Berlin, 23. Dezember 1916.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Verzeihen Sie, daß ich erst jetzt Gelegenheit nehme, Ihnen für Ihre w. Zeilen vom 8. d. Mtg. zu danken.

Ihre Mitteilungen über die Schwierigkeiten in der Kartoffellieferung waren mir sehr interessant, wenngleich ich Ihren Schlussfolgerungen nicht zustimmen kann.

Man kann den Bedarfsvereinen, die im September die Abnahme der Winterkartoffeln ablehnten, doch nicht den Vorwurf der Spekulation machen. Sie mußten noch der Bundesratsverordnung die Winterkartoffeln an die Konsumenten für 4,75 M. zentnerweise und 5,50 M. pfundweise abgeben. Da heißt es ihnen doch zu viel zumuten, wenn man verlangt, sie sollen die Kartoffeln zum Septemberpreis von 6 M. einkaufen, frocht und sonstige Lasten tragen und sie dann zum oben erwähnten Verkaufspreis abgeben. Eine solche Belastung der Steuerzahler zugunsten der Kartoffelerzeuger konnten die Gemeinden zu all den übrigen Kriegslasten nicht auch noch auf sich nehmen. Hätten die Kartoffelerzeuger im Hinblick auf die Anfuhrerschwierigkeiten im Oktober schon im September die Winterkartoffeln zum Preis von 4 M. — dieser Preis stand ihnen für Winterkartoffeln nur zu — den Bedarfsvereinen geliefert, würden diese die Abnahme sicher nicht abgelehnt, sondern die Kartoffeln mit Freuden entgegengenommen haben.

Will man im vorliegenden Falle einmal von Spekulation reden, dann hat diese doch sicher nicht bei den Bedarfsvereinen, sondern eher bei den Erzeugern vorgelegen, die ihre Winterkartoffeln jenen zum Septemberpreis von 6 M. aufdrängen wollten.

Ich verkenne keineswegs, daß infolge der verspäteten Gesamternte dieses Jahres sich der Kartoffelanfuhr im Oktober und November größere jährliche Hemmnisse in den Weg stellen als in anderen Jahren. Indes bin ich — auch in voller Würdigung Ihrer mir sehr wertvollen Mitteilungen — nach wie vor der Auffassung, daß die Anlieferung der Winterkartoffeln sich für die Bedarfsvereine sicher betriebliegender gestalten hätte und noch gestalten würde, wenn die Kartoffelerzeuger bei dieser Lieferung den gleichen Eifer an den Tag legen wollten, mit dem sie bei der Lieferung der Frühkartoffeln zum Preis von 10 und 9 M. im Sommer dieses Jahres sehr zum Schaden vieler Bedarfsvereine zu Werke gingen.

Auch muß ich an meiner, durch viele auch öffentlich bekannt gewordenen Tatsachen begründeten Ueberzeugung festhalten, daß auch heute noch zahlreiche Landwirte Kartoffeln verheimlichen und zurückhalten, weil die hohen Gänse-, Schweine- und Viehpreise zur Verfüterung geradezu anreizen und das Schwundrisiko ihnen durch die Preisrückgang ab 15. Februar 1917 abgenommen ist.

Uebrigens beweist die von Ihnen gerügte Abnahmeverweigerung der Bedarfsvereine im September auch nur, daß die diesjährige Reifezeit der Kartoffelpreise eine völlig verfehlte war. Und die leitenden Verwaltungsbeamten der Lieferbezirke hätten sich um die rechtzeitige Verbringung der Bedarfsvereine mit Winterkartoffeln ein großes Verdienst erworben, wenn sie, nachdem sie erkannt hätten, daß der hohe Septemberpreis der frühzeitigen Abnahme beim Weggang, beim Kriegsernährungsamt auf eine entsprechende Herabsetzung des Preises gedrungen hätten. Dann wären, vorausgesetzt, daß nur die von Ihnen erwähnten sachlichen Anfuhrerschwierigkeiten der ausreichenden Belieferung im Oktober und November im Wege standen, bereits im September, wo diese betriebliebigsten Schwierigkeiten nicht in dem Maße vorlagen, die Bedarfsvereine stark beliefert worden. Sie hätten zu dem angemessenen Winterkartoffelpreis die Lieferungen sicher gern entgegengenommen und auch die von Ihnen erwähnte Frage, wer jetzt das Risiko für die Frostgefahr trägt — die Gemeinden sind bei den seitgegangenen Ein- und Verkaufspreisen nach meiner Auffassung dazu selbstverständlich nicht in der Lage — würde die ausreichende Versorgung der städtischen Konsumenten mit Kartoffeln zurecht nicht erschweren.

Stimme ich Ihnen auch darin zu, daß Behebung der Unkenntnis über die gegenseitigen Verhältnisse in Stadt und Land der Volksernährung nur dienlich sein könnte, so kann ich doch nicht so weit gehen, in dieser Unkenntnis, die übrigens nicht so groß ist, wie Sie anzunehmen scheinen, einen größeren Feind für die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes zu erblicken als in den äußeren Feinden. Einen gefährlicheren Feind für die gesunde Entwicklung unseres Landes und der Widerstandskraft seines Volkes in dieser schweren Kriegszeit erblicke ich vielmehr in der, in weitesten Kreisen landwirtschaftlicher Produzenten und auch der Lebensmittelhändler zutage tretenden Gewinnlust, die den Stadtbewohnern in den skandalös hohen Preisen für fast alle Lebensmittel fühlbar wird und sie zu Entbehrungen zwingt, die um so unwilliger getragen werden, als die Kupfiker der hohen Lebensmittelpreise in Stadt und Land sich in dem Verbrauch mancher so überaus knappen, für die Ernährung aber wichtigen Lebensmittel nicht entfernt die Beschränkungen auferlegen brauchen, die die jetzige schwere Zeit erheischt und die sie den großen Volksmassen in den Städten und Industriebezirken aufzwingt.

Diese ungeunden Erscheinungen, diese Beitätigung krosser Gewinnlust, wie sie bei längerer Dauer des Krieges jetzt überall im Wirtschaftsleben gleich Sumpfpflanzen in Treibhausluft emporsteigt und in den abstoßendsten Formen in die Erscheinung tritt, sollte jeder bekämpfen, dem die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes und die Behauptung des deutschen Volkes in dem ihm auch weiterhin von seinen unerbittlichen Feinden auferzwungenen Daseinskampfe am Herzen liegt. Ueberzeugt, daß auch Sie mir darin zustimmen, zeichne

mit ergebenster Hochachtung

gez. L. Braun.

Nach dem Inhalt des landrätlichen Schreibens ist dieser Landrat offenbar der ehrlichen Ueberzeugung, daß die Spekulation der Stadtgemeinden die ungenügende Zufuhr von Winterkartoffeln verschuldet hat. Daß die Spekulation umgekehrt bei den Landwirten abwärts, die einen höheren Preis erzielen wollten, scheint ihm offenbar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Politische Uebersicht.

Wer ist das deutsche Volk?

In einer Auseinandersetzung über seine Kriegsziele schreibt Freiherr von Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, in der „Deutschen Tageszeitung“:

Nicht die Herren Scheidemann und Erzberger sind das deutsche Volk, nicht dieser Reichstag, hervorgegangen aus der wüsten parteipolitischen Verlesung, gibt seine wahre Gestalt wieder. Das deutsche Volk ist zu jedem Opfer bereit, aber es fordert die Sicherheit, daß diese Opfer nicht vergebens gebracht sind und weiter gebracht werden. Nicht Schiedsgerichte und papierne Verträge, nur ein Zuwachs an Macht, der uns in jeder Richtung unüberwindlich macht, kann der Lohn für die unendlichen Opfer sein.

Nach Herrn Wangenheims Auffassung gehört der größte Teil des deutschen Volkes nicht zum deutschen Volk. Es ist allerdings eine sehr bequeme Methode, zu erklären: „Wer nicht denkt wie ich, gehört nicht zum deutschen Volk“. Das deutsche Volk aber ist ganz und gar nicht der Ansicht, daß es nur aus Herrn Wangenheim und einigen von ihm anerkannten Leuten bestünde.

Schmoller gegen Gleichberechtigung.

Anlässlich einer Besprechung zweier Bücher von Dr. Hugo Preuß und Professor Hans Delbrück ergeht sich der Berliner Professor der Nationalökonomie v. Schmoller in politischen Erörterungen, die recht seltsam zu lesen sind. Namentlich gegen das von Dr. Preuß verfasste Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ richtet sich sein Gelehrtenzorn. Nachdem Schmoller den Verfasser als einen der begabtesten neueren Staatsrechtslehrer bezeichnet hat, fährt er fort:

„Preuß ist einer der Hauptlinge des Berliner kommunalen Freiheitsbewegens geworden, der da, sozial auf dem Milliardensbasis beruhend, unsere Hauptstadt mehr oder weniger beherrscht. Und es wird mir immer vorkommen, daß in vielen Kreisen, so tüchtig und ehrbar sie sind, der politische Horizont und das politische Urteil doch zu der von dem einen Gedanken erfüllt ist: in ihren Kreisen sei eine solche Ueberlegenheit von Intelligenz, Charakter und Talent, daß es unangenehm und schädlich für Staat und Gesellschaft sei, daß ihr eng zusammenhaltender Kreis die Universitäten, das Heer, das höhere Beamtentum u. a. nicht so unbedingt beherrsche wie das bezüglich der Stadt Berlin und ihrer Verwaltung der Fall sei. Bei den meisten, auch wohl bei Preuß, unbewußt, wirken derartige Stimmungen beeinflussend auf ihr politisches Denken. Das große Ideal der politischen und rechtlichen Gleichberechtigung läßt sich nur in dem Tempo durchsetzen, als das Volkswohlwuhsein sich dem Standpunkt des Gesetzes angepaßt hat. Seine Durchföhrung findet zeitweise natürliche Hemmnisse, wo eine Minorität der Masse, des Glaubens usw. sich bei freier Zulassung rasch zur intoleranten Herrscherin des Staates beziehungsweise der betreffenden Verwaltung, der einschlägigen Organe zu machen weiß. Wie rasch haben die jüdischen Privatdozenten und Professoren zugenommen! Wie rasch haben die Juden es erreicht, daß an einzelnen Alimnen jahrelang nur jüdische Assistenten angeheft wurden, wie bewahrheitete sich in manchen Fakultäten die Prophezeiung, daß der erste jüdische Ordinarius in zehn Jahren fünf und mehr andere Juden nach sich ziehe! Die Benachteiligung der Juden im preussischen Staatsleben ist heute fast schon dem Verschwinden nahe und macht bereits dem Gegenteil da und dort Platz. Vollends eine Benachteiligung der Katholiken findet in Preußen heute nirgends statt, man könnte das Gegenteil behaupten...“

„Dah man die Sozialdemokraten 1890 bis 1904 oft falsch beurteilte, ist ebenso ihre eigene Schuld wie die der Regierung: daß man ihre gemäßigten Vertreter in der Selbstregierung beziehungsweise für einzelne bestimmten Kreisen ist und lange fälschlicherweise ausschließen wollte, habe ich stets selbst gesagt und getadelt. Aber man ist im Begriff, auch das aufzugeben.“

Schmoller ist ganz wie „der Geschichtsschreiber Kaumer“, nach dem Wort des Nichtprofessors Karl Marx, „zusammengesetzt aus einerseits und andererseits“. Die Gleichberechtigung ist ein „großes Ideal“, deshalb halte man sich ihr möglichst fern und suche sie auf dem langsamsten Wege zu erreichen! Die Ausführungen Schmollers über die Gleichberechtigung der Juden erwecken seit dem Anschein, als sprächen hier persönliche Antipathien des Verfassers gegen irgendwelche Kollegen mit. Ober sieht Schmoller schon einen Mißbrauch der Gleichberechtigung darin, wenn jüdische Wissenschaftler auf Grund der Gleichberechtigung einen ihrem Können entsprechenden Posten zu erringen suchen? — Daß Herr

Schmoller den bisher geübten Ausschluß von Sozialdemokraten aus der Gleichberechtigung tadelt, ist ja sehr erfreulich, aber durch die Einschränkung auf die „Gemäßigten“ verliert dieser Tadel seinen Wert. Uns ist die Gleichberechtigung keine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern ein staatsbürgerliches Prinzip. Das Kaiserwort heißt ja auch nicht „freie Bahn den Gemäßigten“, sondern „freie Bahn dem Tüchtigen“.

Das Zentrum wahrt sich Rückenfreiheit.

In einer Polemik gegen das „Berl. Tageblatt“, das in der Haltung der Parteien am 12. Dezember die ersten Anzeichen für das Entstehen eines „Bethmann-Blocks“ erblicken zu können vermeinte, schreibt die „Köln. Volkszeitung“:

„Das Zentrum hat mit der Ablehnung jener Aussprache in keiner Weise eine materielle Stellungnahme zu dem Friedensangebot ausgedrückt, weder eine Billigung, noch eine Ablehnung. Das muß klar betont werden, damit nicht etwa dem Reichstag oder wenigstens den Parteien, die für die Ablehnung der Aussprache gestimmt haben, einmal eine Mitverantwortung für den materiellen Inhalt und die Form des Friedensangebots zugeschrieben werden kann. Das Zentrum hat mit der Abstimmung sagen wollen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Aussprache unzulässig und aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen nicht angebracht sei. Mehr sag nicht in der Abstimmung des Zentrums und mehr kann auch niemand in sie hineinlegen... Das Zentrum bildet keinen Block, weder mit der Linken noch mit der Rechten.“

Es ist übrigens zu beachten, daß die „Kölnische Volkszeitung“ in der Kriegszielfrage auf dem alldeutschen Flügel der Zentrumsparlei steht und beispielsweise viel weiter gehende Kriegszielforderungen aufgestellt hat als die am gleichen Ort erscheinende nationalliberale „Kölnische Zeitung“.

Gaustreit im bayerischen Zentrum.

Kr. für das durch den Tod des Dr. v. Orterer im Landtagswahlkreis Ingolstadt freigewordene Landtagsmandat hat die Zentrumsparlei, wie wir bereits meldeten, den Bürgermeister Hofrat Kroher als Kandidaten aufgestellt. Die Zentrumsarbeiter sind gewaltig verärgert, weil der von ihnen vorgeschlagene Eisenbahner Schürer von Würzburg von der Vertrauensmännerkonferenz abgelehnt wurde. Die Streitigkeiten haben sich nun soweit verschärft, daß es auf einer Versammlung am 26. Dezember zu Ingolstadt zu einer offenen Revolte der christlichen Arbeiter gekommen ist. Der Referent, ein Geistlicher, der Bezirkspräsident von der Süddeutschen Bundes katholischer Arbeitervereine, überschätzte das Zentrum mit Vorwürfen. Dieses habe im bayerischen Landtage nur zwei Arbeitervertreter (von denen der eine Geistlicher ist) und spreche die Arbeiter, die auf eine stärkere Vertretung berechtigten Anspruch hätten, seit Jahren mit Versprechungen und Betrübnungen ab. In der Vertrauensmännerversammlung sei sogar die Aeußerung gefallen, man könne den Wählern doch nicht zumuten, einen Wagenschieber zu wählen! Wenn auf ordnungsgemäße Wege keine Aenderung der Verhältnisse zu erzielen sei, müsse es eben mit Gewalt gehen. Der Redner vertrieß in diesem Zusammenhang auf die große französische Revolution und führte als Gegenstück der Bemühungen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse das Sozialistengesetz an, das auch nicht gehalten habe. Da Schürer sein Ehrenwort gegeben habe, nicht als Gegenkandidat Kroher aufzutreten, bliebe zunächst nichts weiter übrig, als für diese Wahl Stimmenthaltung zu proklamieren. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion berief sich ein Arbeiter, der sich ausdrücklich als Zentrumsmann vorstellte, auf den bayerischen Zentrumsgaustreit als Zeugnis dafür, daß Dr. Heim in einer Versammlung in Ingolstadt einmal gesagt habe, die christlichen Arbeiter hätten drei Abgeordnete in der Partei, mehr würden es nicht, dafür stehe er ein! Wenn sich der Vorsitzende der Partei, Herr Held in Regensburg, heute nicht mehr erinnere, welche Versprechungen er den Arbeitern gemacht habe, so komme das wohl daher, daß in dieser Stadt auch der Mann sage (Bischof Henle), der im Oberhause gesagt habe: Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben. Der Zentrumspresse wurde von mehreren Rednern, auch von dem geistlichen Referenten, vorgeworfen, sie suche die Opposition in den Arbeiterkreisen aufzuwecken; sie habe kein Wort für die Interessen der Arbeiter und Liebäugeln mit den höheren Kreisen. Die empfindliche Parole: Wahrung der Ehre wurde von der Versammlung schließlich unter großem Beifall gutgeheißen.

Dieser Beschluß bedeutet ja keine Gefährdung des Zentrumsmandats, weil die übrigen Parteien mit Rücksicht auf den Burgfrieden keinen Gegenkandidaten aufgestellt haben. Auch ist sicher anzunehmen, daß es den bewährten Einseisern des Zentrums zur gegebenen Zeit wohl gelingen wird, die unter ebenso bewährter geistlicher Führung maßvoll revoltierenden Arbeiter wieder in die Reihe zu bringen. Aber die Offenheit, mit der in Ingolstadt geredet wurde, schafft einen beachtlichen Einblick in die inneren Verhältnisse des bayerischen Zentrums.

Neue bayerische Bundesratsbevollmächtigte.

München, 27. Dezember. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: An Stelle ihrer zurückgetretenen Amtsvorgänger hat der König den Staatsminister des Inneren Dr. Ritter v. Bretzsch und den Kriegsminister Generalleutnant v. Hellingroth zu Bevollmächtigten Bayerns zum Bundesrat ernannt.

Eine „Gefahr“ für den Frieden.

Die Vertreter der Alldeutschen in Rheinland und Westfalen nahmen eine Entschlieung an, in der es heißt:

„Die zahlreich besuchte Vertrauensmännerversammlung von Rheinland und Westfalen des Alldeutschen Verbandes erkennt die Gefahr, daß durch Einwirkung neutraler Mächte ein Friede zustande kommen könnte, der mehr zum Vorteil unserer Gegner dient als zu unserem eigenen. Eine derartige Einflussnahme muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden; wir wollen es nicht dulden, daß Fremde mitreden dürfen, wenn über die Zukunft des deutschen Volkes entschieden wird.“

Die „Tägl. Rundschau“ fügt aufklärend hinzu, daß diese Entschlieung gefaßt worden ist, ehe den Vertretern die Note Wilsons bekannt war.

Das Kriegs-Ersatz- und Arbeits-Departement.

Man schreibt uns: Die Vorbereitung der Ausführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst und später die Leitung des gesamten Hilfsdienstes obliegen, wie man weiß, dem Kriegsamt, dessen Chef der stellvertretende Kriegsminister General Gröner ist; natürlich sind die Aufgaben des Kriegsamttes leineidweg damit erschöpft. In der Hauptsache ist der Hilfsdienst demjenigen Amt

unterstellt, dessen langer Name aber diesen Jellen Recht und dessen Geschäftsbetrieb in den ungewohnten Räumen des Hotel Monopol aufgeschlagen ist. Dem Stabe des Kriegsamtcs ist auch der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, Alexander Schilde, zugeleitet. Er nimmt an den Beratungen der Abteilungsvorstände des K. K. D. teil, aus denen die Vorlagen an den Bundesrat und den 15-gliedrigen Reichstagsausschuß für den Hilfsdienst hervorgehen. Außerdem sind die Arbeiterfragen, die das Departement beschäftigen, Schilde zur sachlichen Äußerung vorzulegen und er hat auch das Recht, alle einschlägigen einzusehen. So ist die Funktion des Gewerkschaftsvertreters in der Tat die einer Zentralstelle für alle Arbeiterfragen des Kriegslebens des deutschen Volkes und wohl auch der von seinen Heeren besetzten Gebiete.

Das Departement selbst gliedert sich in das Kriegs-Erkaunt mit den Abteilungen für allgemeine Wehrfragen, Freiwillige, Ausländer, Beamte, Ersatzwesen, Reichstag und Bundesrat, Statistik, Presse. Noch umfangreicher ist das Kriegs-Arbeitsamt. Es ist geteilt in Ressorts für Arbeitsfragen, Frauen, Kriegsgefangene und feindliche Ausländer, Hilfsdienst, verbundene und neutrale Ausländer, Kriegsbeschädigte, g.-v. und a.-v. Soldaten, Landwirtschaft, Bergbau und Metallhütten, Eisen, Stahl und Maschinen, Chemie, Kriegsgesellschaften und Verschiedenes, häusliche wie Privatverhältnisse.

Dieser Ueberblick gestattet einen Schluß auf die Größe der zu lösenden Aufgaben.

Teuerungszulage auch für die Reichsbeamten.

Berlin, 27. Dezember. Die für die preussischen Beamten erfolgte Erhöhung der einmaligen Kriegsteuerungszulagen zu Anfang Januar 1917 und die Erhöhung der laufenden Kriegsbeihilfen zum Februar 1917 ist durch Erlaß des Reichskanzlers auch für die Reichsbeamten angeordnet worden.

Menschheits- und Kulturinteressen mit der Politik nicht vereinbar?

In einer Polemik gegen den Reichskanzler und das Friedensangebot der deutschen Regierung schreiben die „Alldeutschen Blätter“:

Aber der gegenwärtige Kanzler hat nun einmal von der staatlichen Moral und den sich daraus herleitenden Begriffen und Aufgaben seine besonderen Vorstellungen, und so hat er sich trotz aller bisherigen Beschlüsse seiner Friedensanregungen zu einem neuen Versuche entschlossen, dessen ganze Begründung geradezu durchdrängt ist von der angeblich verlernten „Sentimentalität“, von Mystizismus und der Berufung auf Menschheits- und Kulturinteressen — Dinge, die mit den harten Notwendigkeiten praktischer Politik nun und nimmer in Einklang zu bringen sind.

Wenn die „Alldeutschen Blätter“ meinen, daß Menschheits- und Kulturinteressen mit den Notwendigkeiten praktischer Politik nicht vereinbar sind, so bezieht sich das natürlich nur auf die alldeutsche Auffassung von praktischer Politik. Wir möchten betonen, daß das, was wir unter praktischer Politik verstehen, nicht nur mit Menschheits- und Kulturinteressen vereinbar ist, sondern gerade ihre wirksamste Förderung zum Zweck hat.

Fordere nur, Deutschland!

Im „Tag“ stimmt der Graf Albrecht zu Stolberg-Bernigerode, Mitglied des preussischen Herrenhauses, bei einer Besprechung des deutschen Friedensangebotes folgenden Hymnus an:

Fordere nur, Deutschland, du hast das Heft in der Hand, nicht die Feinde sind, nein, du bist im siegreichen Fortschreiten an der Front, die Feinde, nicht du, leben dem Hunger ins Angesicht, dein Heimatland steht auf, um dir Menschen, Waffen, Munition und Lebensmittel in größtem Maßstabe zur Verfügung zu stellen, fordere, Deutschland, statt Preiszugeben, und wenn die Feinde auf deine Forderungen nicht eingehen wollen, so kämpfe weiter, so wisse, so sei überzeugt, daß du mit der Abhaltung des Gottesgerichtes über Räuber, Lügner und Banditen von Gott bestraft bist.

Das erlauchte Mitglied des Herrenhauses hat ein Recht, so zu reden. Denn er hat vorher festgestellt: „Gott sei Dank ist die Schar um Scheidemann und Delbrück doch nur klein, sehr klein im Verhältnis zum gesamten deutschen Volke.“ Auch zu dieser Feststellung ist der Graf unbedingt berechtigt, denn er wurde ja bekanntlich von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes im Herrenhaus gewählt, während Scheidemann sein Reichstagsmandat nur einer Erneuerung verdankt. So ist es doch?

Ein politischer Geschäftsmann.

Dem großen Reinerbacher in Oesterreich-Ungarn ist auch der Gouverneur der Boden-Kredit-Anstalt, Dr. Sieghart, zum Opfer gefallen, der vom Minister Clam-Roxinsky zu Weisungen vom Semmering eigens nach Wien zitiert wurde, um zu hören, daß der Kaiser ihn nicht mehr an einem leitenden Wirtschaftsposten wünsche. Dr. Sieghart gab sofort seine Demission.

Der jah Verabschiedete hatte nicht allein eine wirtschaftliche Herrschaftstellung inne, er verfügte auch durch die Verwaltung eines großen Teiles des kaiserlichen Vermögens über beträchtlichen Einfluß bei Hofe, wo er in scharfe Kollisionen mit dem ermordeten Thronfolger Franz Ferdinand geriet. Vor allem aber war er Politiker. Als junger Parlamentarier,ograph vom Freiherrn v. Plener ernannt, avancierte er unter allen Ministerpräsidenten mit gleicher Schnelligkeit, weil er allen als intimer Kenner der parlamentarischen Verhältnisse, ausgezeichneter Kalkulationskünstler, und Beherrscher aller Einflüsse, die auf nicht hies- und stichfeste Charaktere wirken, gleich unentbehrlich war. Später wurde er Gouverneur der Boden-Kredit-Anstalt. Nach dem Sturze Körbers, unter dessen erster Ministerpräsidentenschaft er, obwohl weiteren Kreisen unbekannt, zum größten Einfluß gelangt war, war ihm bereits ein guter Teil seines politischen Einflusses genommen, den er durch Übung eines von ihm beherrschten Zeitungstrustes ins Ungemeine zu steigern weidlich beflissen war. Nun hat er auch seinen einflussreichen Posten eines Gouverneurs der Boden-Kredit-Anstalt räumen müssen.

Schorf hebt sich von seinem Schicksale das Dr. Epymüller ab, der ursprünglich ebenfalls Staatsbeamter, dann Leiter der Kredit-Anstalt, in dem neuen Ministerium des Kaisers Karl den einflussreichen Posten eines Finanzministers bekleidet, wo er nun zu zeigen hat, ob sein Ruf als Praktiker in Amt und Wirtschaft wohl begründet ist.

Telephontwechsel Czernin-Bethmann.

Wien, 26. Dezember. Minister des Äußern Graf Czernin hat an den Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg nachstehendes Telegramm gerichtet:

Durch die Gnade Seiner Majestät meines Allerhöchsten Herrn auf den Posten des Ministers des I. u. I. Hauses und des Äußern berufen, beehre ich mich, Ew. Exzellenz bei diesem Anlasse wärmstens zu begrüßen und Hochdieselbe zu bitten, mir Ihre wertvolle Mitarbeit bei der Erfüllung meiner Aufgabe gewähren zu wollen.

Dank der Weisheit der Herrscher Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches hat unser Bündnis den Grundpfeiler unserer auswärtigen Politik gebildet. Durch mehr als drei Jahrzehnte hat es unseren Völkern und ganz Europa die Segnungen des Friedens gebracht und ihre gedeihliche Entwicklung gefördert. Nunmehr hat es sich in schwerem Kampfe gegen mächtige Feinde,

deren Kriegsziel unsere Vernichtung war, glänzend bewährt. Der Geldmangel der verbündeten Armeen und die aufopfernde Mitwirkung der Völker wird uns, dessen bin ich überzeugt, den endlichen Erfolg bringen und mit ihm die Sicherung unserer Existenz und unserer Zukunft.

Der Reichskanzler erwiderte mit nachstehendem Telegramm: Ew. Exzellenz bitte ich, meinen verbindlichsten Dank für die Worte der Begrüßung entgegenzunehmen, die Sie bei Uebernahme des Ministeriums des I. u. I. Hauses und des Äußern an mich zu richten die Güte hatten. Die zuerst in glücklichen Friedensjahren, dann jetzt in schwerster Kriegszeit bewährte Bündnispolitik unserer Reiche schafft eine feste und unverrückbare Grundlage, auf der, wie ich zuversichtlich vertraue, unsere gemeinsame Arbeit den Krieg zu gutem Ende führen und nach erstrittenem Frieden die Wohlfahrt unserer Völker in wechselseitigem vertrauensvollem Zusammenwirken aufs neue festigen und fördern wird.

v. Bethmann Hollweg.

Aus der Partei.

Das Abstimmungsresultat in Magdeburg.

Zu unserer Notiz mit der Ueberschrift „Die Magdeburger Versammlung“ in Nr. 333 wird uns aus Magdeburg geschrieben:

Die Versammlung, in der Haase und Landberg sprachen, war von etwa 600 Personen besucht. Bei der Abstimmung, die durch Handaufheben erfolgte, war es unmöglich zu unterscheiden, welche von den beiden Resolutionen die Mehrheit der Anwesenden für sich hatte. Genosse Weims, von dem die Haltung der Fraktionsmehrheit billige Resolution eingebracht war, schlug deshalb vor, beide Resolutionen zurückzuziehen, da es ohne Wert sei, eine Entscheidung mit geringer Mehrheit herbeizuführen. Dieser Vorschlag scheiterte an dem Widerspruch des Spartakus-Vertrauensmannes Vater, von dem die andere Resolution herrührte. Nunmehr wurden die Stimmen ausgezählt. Der Vorsitzende Genosse Brandes hatte viel Umsicht an den Tag gelegt, um einen starken Bruch der Versammlung herbeizuführen. Er, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg und Leiter der Zählstelle Magdeburg des Metallarbeiterverbandes ist, hatte in den Betrieben der Metallindustrie Zirkulare verbreiten lassen, durch die die Anhänger der Rinderheit aufgefordert wurden, in der Versammlung zu erscheinen, um ihrer Unzufriedenheit mit der fraglichen Änderung zu geben. Bei der Auszählung der Stimmen zeigte Brandes von dieser Umsicht nichts. Sie geschah in gänzlich unregelmäßiger willkürlicher Weise. Wie wäre es auch sonst möglich, daß bei etwa 600 Anwesenden nur 280 Stimmen gezählt worden sind! Daß sich die größere Hälfte der Versammelten der Abstimmung enthalten hat, ist doch wohl nicht anzunehmen.

Der Propagandist der Beitragsperre. Im Anschluß an einen Artikel, der sich scharf gegen die Beitragsperre wendet, schreibt die auf Seiten der Arbeitgemeinschaft stehende „Bergische Arbeiterstimme“:

Unserem früheren Redakteur Winkler ist in Braunschweig auch ein „Erfolg“ beschieden gewesen. Trotzdem der Vorsitzende, Genosse Sepp-Derter, sich dagegen wehrte, hat unser dortiger Parteiverein die Beitragsperre beibehalten. — Winkler gehörte unserer Partei nicht mehr an und wollte ihr auch nicht mehr angehören. Wir fanden es seinerzeit auch „interessant“, daß er trotzdem eine Stelle an einem Parteiblatt annahm und sich in der Redaktionsführung als Parteigenosse ausgab. Seine Freunde am Niederrhein waren von dieser „Eigenart“ Winklers nicht gerade erbaut. Durch seine Zugehörigkeit zum Braunschweiger Parteiverein ist der Mangel ja wieder behoben, ob ein solches Verhalten aber gerade imponierend ist, werden nicht viele Leute bezagen.

Leipziger Agitation für den „Vorwärts“. Wie die oft angeführte „Renovierung“ beibehalten sein wird, das hängt nicht allein von Regierung und Parlament ab, sondern von der gesamten Bevölkerung. Steht die Arbeiterschaft teilnahmslos beiseite, so wird sie darunter zu leiden haben, sogar sie dagegen für Stärkung der Organisationen und ihrer eigenen Presse, so wird sie den ihr gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse gewinnen. Nicht auf Versprechungen der anderen, sondern auf den eigenen Willen gründet sich jeder politische Fortschritt. — So schreibt in einem Artikel „Zum neuen Vierteljahr“ die „Leipziger Volkzeitung“. Was da heißt, ist vollkommen unsere Ansicht und soweit diese Zeilen Berliner Arbeiter zu Gesicht kommen, ergibt sich für sie daraus die natürliche Schlussfolgerung, den „Vorwärts“ zu befestigen und jede Gemeinshaft mit Leuten abzubrechen, welche geschäftig für die Schädigung der Parteipresse tätig sind.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In Geschäftsberichten der Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H. — wir haben den Anschließ bereits veröffentlicht — wird laut „L. A.“ ausgeführt:

Der Abfall unserer den Friedenszwecken dienenden Erzeugnisse wurde beeinflusst durch behördliche Maßnahmen und weitere Entziehungen von Arbeitskräften. An der Herstellung und Durchbildung von Ersatzstoffen insbesondere für elektrische Leiter und deren Isolierung nahmen wir erheblichen Anteil. Die hieraus gefertigten elektrotechnischen Fabrikate entsprachen den an sie gestellten Anforderungen. Es bedurfte geräumiger Zeit, um die Herstellungsmethoden dem neuen Material anzupassen und das Vertrauen der Verbraucher zu den Ersatzstoffen zu gewinnen. Die steigende Nachfrage konnte allerdings nicht ganz befriedigt werden. Unsere Werkstätten dienten auch in diesem Jahre in großem Umfang der Herstellung von Kriegsmitteln für Meer und Land. Erfahrungen aus Front und Werkstätten brachten neue Anregungen und Verbesserungen. Durch die starke Beanspruchung der chemischen Fabrikten und der Schwerindustrie erhielten wir erhebliche Beschäftigung auf dem Gebiete der Stromerzeugung und Stromumformung, die Einheiten bis zur Größe von 60 000 kVA in Generatoren und Transformatoren bei Uebertragungsspannungen bis 100 000 Volt erforderten. Unsere flüssigen Mittel haben gegen das Vorjahr eine weitere Zunahme erfahren; die Umstellung auf den Friedensbetrieb wird diese erheblich wieder in Anspruch nehmen. Aktiva: Kasse 471 281 M. (i. V. 724 425 M.), Wechsel 337 131 M. (i. V. 688 630 M.), Wertpapiere 17 988 626 M. (i. V. 9 724 600 M.), Debitoren 187 161 000 M. (i. V. 172 300 000 M.), Rohmaterial und Fabrikate 49 966 000 M. (i. V. 47 263 000 M.), Passiva: Einzahlbare Darlehen und Anleihen 126 944 000 M. (i. V. 126 325 000 M.), Kreditoren 88 058 000 M. (i. V. 61 690 000 M.).

Im Geschäftsbericht der Siemens u. Halske Akt.-Ges. wird ausgeführt: Wir sind bei der Mehrzahl unserer Arbeitsgebiete im überwiegenden Maße durch die Tätigkeit für den Krieg in Anspruch genommen worden. In einzelnen gab es wesentliche Verschiebungen, durch welche vermehrte Umstellungen, Neueinrichtungen, Einschränkungen und Erweiterungen hervorgerufen wurden. Stark beansprucht wurden in dieser Beziehung die weitverzweigten Gebiete des Signal- und Kommando-Uebermittlungswesens, der Leitungs- und drahtlosen Telegraphie, der Telephonie sowie unserer Werke für den Bau von Explosionsmotoren und zur Herstellung von Kohlenfeststoffen für verschiedene Verwendungszwecke. Infolge der mancherlei neuen Bedürfnisse und Erfahrungen war eine große technische Arbeitsleistung zu betätigen, wobei erhebliche Fortschritte und Erfolge erzielt wurden. Auch außerhalb unserer gewöhnlichen Gebiete haben wir für die Bedürfnisse des Meeres und der Marine eine rege Tätigkeit ausgeübt. Unsere Gesamtenergieung ist hinter derjenigen des Vorjahres nicht zurückgefallen. Die Zahl der bei unserer Firma am 31. Juli 1916 Beschäftigten erreichte die Zahl des letzten Friedensjahres. Die Löhne erfuhren eine weitere

starke Steigerung, die Gehälter wurden durch erhebliche Kriegszulagen ergänzt. Wir entnehmen der Bilanz: Aktiva: Kasse 185 794 M. (i. V. 145 687 M.), Guthaben bei Banken 27 578 628 M. (i. V. 11 258 507 M.), Wertpapiere 7 138 670 M. (i. V. 4585 M.), angefangene und fertige Fabrikate 21 885 600 M. (i. V. 20 138 200 M.), Debitoren 43 299 635 M. (i. V. 46 023 510 M.), Passiva: Anleihen 43 368 000 M. (i. V. 43 880 000 M.), Kreditoren 28 382 577 M. (i. V. 26 511 741 M.).

Die A. Gorch u. Co., Motorenwerke Aktiengesellschaft in Iwidaun in Sachsen verdiente in 1915/16 an der Fabrikation 1 820 420 M. (i. V. 1 488 894 M.). Nach Abschreibungen in Höhe von 397 728 M. (i. V. 355 244 M.) und zusätzlich des Vortrages ergibt sich ein Reingewinn von 852 447 M. (i. V. 945 515 M.). Hieraus soll eine Dividende von wieder 15 Prozent verteilt werden. Das Werk ist während des ganzen Jahres voll beschäftigt gewesen; seine Erzeugnisse, besonders seine Dreitonnen-Lastwagen, haben militärischerseits und auch sonst vollste Anerkennung gefunden. Zurzeit liegen reichlich Aufträge vor.

Aus Groß-Berlin.

Neujahrs-Umzug.

Seine Wohnung wechseln ist in keiner Zeit eine angenehme Sache, in der gegenwärtigen ist sie es am allerwenigsten. Man muß dabei hundert Dinge im Kopf behalten und vergißt über die folgenden neunundneunzig leicht die erste: nämlich seine Zeitung rechtzeitig umzubestellen, damit man sie beim ersten Erwachen im neuen Quartier vorfindet. Gerade heutzutage, wo eine Neuigkeit die andere jagt, ist ein Morgen ohne Zeitung etwas sehr Verrücktes. Wir wünschen allen unsern Lesern, die sich in der bedauernden Lage von Umzügeln befinden, daß sie sich diesen Verrückten ersparen durch rechtzeitige Umbestellung des „Vorwärts“.

Der Hochbahntourist.

Man schreibt uns: Ich fuhr mit dem letzten Abendzuge der Hochbahn. Müde von der Arbeit kommend, hätte ich gern einen Sitzplatz gehabt, aber daran war im Zeichen der Verkehrsbeschränkung natürlich nicht denken. Dicht gedrängt in qualvoll fürchterlicher Enge standen wir da und dachten mit Reizgefühl an die Heringe, die in ihrer Tonne doch etwas mehr „Elbogensfreiheit“ genießen. Auf jeder Haltestelle preßten sich neue Scharen herein. Die Luft war zum Erstickend. Meine Puffe hatte ich längst verloren und jetzt verlor ich auch mein ältestes und liebtes Hütnereage, das einer benachbarten Kriegsstiefelsohle zum Opfer fiel. Der Verlust war schmerzlich, aber ich überwand ihn. Immerhin ging es noch verhältnismäßig gut, ja ich durfte sogar einen gewissen Luxus treiben. Denn ich stand mit beiden Füßen auf der weichen, warmen Polsterung, die ein alter Herr seit zehn Minuten vergeblich suchte. Der barhäuptige Greis dauerte mich, aber ich konnte ihm nicht helfen: es war jetzt unmöglich geworden, einen Schritt vor- oder rückwärts zu tun, geschweige denn sich zu bücken. Und was bedeutete schließlich sein Malheur verglichen mit den Leiden einer offenbar vor neun Monaten kriegsgetrauten jungen Frau, die man gegen die Rückwand des Wagens gequetscht hatte, oder gegen den Jammer des Mädchens neben mir, das so herzzerbrechend schluchzte! Die Kleine hatte sich auf ihrer Bestimmungstation trotz verwehelter Anstrengungen den Ausgang nicht zu erkämpfen vermocht und nun fuhr sie, mit dem letzten Zuge, einem ungewissen Schicksal entgegen, mitten im nächtlichen Berlin! Ich versuchte sie mit dem Hinweis darauf zu trösten, daß wir alle in dieser kurzen Zeit Opfer bringen müßten. Jedoch machten meine Worte offenbar nicht den geringsten Eindruck auf sie. Ich schwieg daher, aber in meinem Gehirn hatte sich der Begriff „Opfer“ festgesetzt und ich richtete an mich die keiserliche Frage: „Wem bringst du eigentlich dieses Opfer hier? Sachverständige behaupten, die durch die Verkehrsbeschränkung erzielte Kohlenersparnis sei für die Allgemeinheit völlig belanglos. Dem Vaterlande nützt es also mit deinen Leiden kaum.“ Und ich grübelte weiter. „Beschränkter Betrieb verringert die Betriebskosten und überfüllte Wagen werfen einen höheren Profit ab als leerfahrende. Die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft wird sich nächstes Jahr einer segenswerten Dividende erfreuen!“ Und ich erinnerte mich ferner, daß in den Theatern die Sitzplätze weniger kosten als die bequemen Stühle und daß die Hochbahn gegenwärtig fast ausschließlich „Stehplatzbillets“ verkauft. Da nahmen meine Gedanken plötzlich eine so feyerliche Wendung, daß ich mich vor mir selbst entsetzte. „Wenn schon die große Masse des Berliner Publikums“, sagte ich zu mir, „dieses Martyrium hier auf sich nehmen muß, dann sollte jedenfalls eine kleine Minderheit nicht Vorteile davon haben. Gibt es denn kein Mittel, die Hochbahngesellschaft zu einer Gerabiegung ihrer Fahrpre —“ In diesem Augenblick belam ich einen heftigen Stoß gegen die Leber, der Zug hielt, die Tür flog selbsttätig auf und ich im hohen Bogen an den Bahnsteig. Ich hatte Glück gehabt: es war gerade meine Haltestelle. Die Verletzung des Schienbeins, die ich bei dem Sturz davongetragen hatte, erwies sich freilich als recht erheblich, aber das Vaterland erleidet dadurch keinen Schaden, denn ich sehe sowieso nicht mehr im wehrfähigen Alter.

Als ich aus dem Krankenhaus entlassen war, dachte ich an Schadenersatz und befragte einen Rechtsanwalt, ob man in dieser Angelegenheit nichts machen könne. „Machen Sie Ihr Testament“, sagte er, „bevor Sie das nächste Mal Hochbahn fahren“. Das war ein taktloser Scherz, denn der Mann wußte sehr gut, daß ich nichts zu vermachen habe. Ja, wenn ich Hochbahnnationaler wäre! Aber dann würde ich ja überhaupt nicht auf der Hochbahn fahren, sondern auf Gummi.

Spätbetrieb der Vorort-Strassenbahnen.

Der Verband Groß-Berlin hat den Anträgen der Charlottenburger Strassenbahn, der Westlichen, Südlichen und Nordöstlichen Vorortbahn auf Einschränkung ihres Spätbetriebes die Zustimmung erteilt und bei einer Reihe von Linien die Durchführung späterer Wagenzüge, als ursprünglich beantragt war, erreicht. Auch das Polizeipräsidium hat, wie wir hören, diese Einschränkungen genehmigt. Die Zustimmung und Genehmigung der Anträge für die Verkehrsbeschränkungen im Betriebe der Großen Berliner Strassenbahn sind demnächst zu erwarten. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Einschränkungen wird noch bekanntgegeben. Nach den für die Vorort-Strassenbahnen bereits genehmigten Fahrplanverkürzungen fahren auf nachstehenden Linien folgende letzte Wagen (wobei die bisherigen letzten Wagenzüge in Klammern gesetzt sind):

Linie A: über Königsallee, ab Linienstraße nach Hundeshöhe (12,20) geht 11,49; ferner ab Linienstraße 12,4 Uhr bis Halensee. Linie A: über Hubertusallee ab Linienstraße bis Hundeshöhe (12,18) geht 11,29. Von Hundeshöhe bis Linienstraße über Königsallee (1,01) geht 10,41. — Verkürzte Fahrten von Hundeshöhe bis Ringbahnhof Halensee: 12,11 Uhr. — Von Hundeshöhe bis Linienstraße über Hubertusallee (12,12) geht 10,57; verkürzte Fahrten bis Halensee 12,27 Uhr.

Linie B: Linienstraße bis Rosenfeld (12,11) jezt 11,50. Rosenfeld bis Linienstraße (12,30) jezt 11 Ubr. Verkürzte Fahrten Rosenfeld bis Martin-Lutherstraße (2 Uhr) jezt 12,30 Uhr.

Linie C unverändert.

Linie D: Lichterfelde bis Heerstraße (11,37) jezt 9,87; verkürzte Fahrten Lichterfelde bis Sophie-Charlotteplatz (11,57) jezt bis Zoologischer Garten 10,57 Uhr. Heerstraße bis Lichterfelde (12,30) jezt 10,30; Zoo bis Lichterfelde jezt 11,45.

Linie E unverändert.

Linie F: Lichterfelde bis Zoo (1,12) jezt 11,82. Zoo bis Lichterfelde (1,44) jezt 12,24 Uhr.

Linie G: Rosenfeld bis Demminer Straße unverändert. Verkürzte Fahrten Rosenfeld bis Bahnhof Zoo (11,46) jezt 11,27. Wilhelmstraße bis Zoo 12,11 bis 1,15 fallen fort. Demminer Straße bis Rosenfeld (10,39) jezt 10,23. Zoo bis Wilhelmstraße (1,35) jezt 12,7.

Linie H unverändert.

Linie J: Lichterfelde bis Zoo (11,58) jezt 10,58. Zoo bis Lichterfelde (12,34) jezt 11,34.

Linien K und L unverändert.

Linie N: Charlottenburg bis Kupfergraben (1,15) jezt 12 Uhr. Kupfergraben bis Charlottenburg (2 Uhr) jezt 12,38.

Linie O unverändert.

Linie P: Spandauer See bis Neufölln (11,38) jezt 11,41. — Neufölln bis Straßenbahnhof Charlottenburg (11,55) jezt 11,35.

Linie Q: Halensee bis Aniprodestraße (11,52) jezt 10,22. Verkürzte Fahrten Halensee bis Stettiner Bahnhof (12,37) jezt 11,37. — Aniprodestraße bis Halensee (1,6) jezt 11,36. Stettiner Bahnhof bis Halensee (1,50) jezt 12,20.

Linie R: Spandauer See bis Neufölln unverändert. Verkürzte Fahrten Straßenbahnhof Charlottenburg bis Moritzplatz (12,48) jezt 11,28. — Neufölln bis Spandauer See unverändert. Dagegen verkürzte Fahrten Moritzplatz bis Straßenbahnhof Charlottenburg (1,46) jezt 12,30.

Linien T und U unverändert.

Linie W: Gändelplatz bis Schönhauser Allee (11,6) jezt 10,21. Verkürzte Fahrten Lichterfelde bis Charlottenburg Wilhelmplatz (12,51) jezt 12 Uhr. Schönhauser Allee bis Lichterfelde Gändelplatz (12,33) jezt 11,48.

Südl. Berliner Vorortbahn.

Linie I: Ab Ringbahnhof Neufölln Richtung Hallesches Tor (11,28) jezt 10,58. — Richtung Brix (11,29) jezt 10,59.

Linie III: Swinemünder Straße bis General-Pape-Straße unverändert. Dagegen Swinemünder Straße bis Militärbahnhof (11,35) jezt 10,35. General-Pape-Straße bis Swinemünder Straße (10,36) unverändert. Dagegen Militärbahnhof bis Swinemünder Straße (12,55) jezt 11,40.

Linie V unverändert.

Nordöstliche Berliner Vorortbahn.

Linie NO: Hohenschönhausen bis Kurze Straße (8,47) jezt 7,32. Kurze Straße bis Hohenschönhausen (9,24) jezt 8,09.

Die Heimstätten zur Winterzeit.

Die Heimstätten der Stadt Berlin hatten im Jahre 1916 stärkeren Zubrang von Ausnahmefällen als im vorhergehenden Jahre. Das gilt besonders von den Frauen-Heimstätten, von der Heimstätte Blankenfelde für erholungsbedürftige Frauen (und Mädchen vom 12. Jahre ab) und von der Heimstätte Malchow für kranken Frauen (und Mädchen vom 6. Jahre ab). Daß in den Sommermonaten die Heimstätten sich füllen und Aufnahme suchende lange zu warten haben, wiederholt sich ja alljährlich. Aber Zustände, wie z. B. in der ersten Hälfte des August 1916, wo in Blankenfelde bei 78 belegten Betten und 123 Vormeldungen eine Wartezeit von 43 Tagen und in Malchow bei 104 belegten Betten und 275 Vormeldungen eine Wartezeit von 59 Tagen sich ergab, waren in den Heimstätten doch schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr vorgekommen. Ihre Unzulänglichkeit ist begreiflich, da von den sieben Heimstätten Berlins immer noch zwei — und gerade zwei von den vier Frauen-Heimstätten — außer Betrieb sind. Wegen des Heimstättenmangels kam es in der Stadtverordnetenversammlung im Sommer zu einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Abhilfe forderte. Er wurde für „unnötig“ erklärt und abgelehnt.

Inzwischen hat mit Beginn der kälteren Jahreszeit der Zubrang sich gemindert, aber auffallen muß, daß diesmal so gar in der zweiten Hälfte des Dezember die Frauen-Heimstätten noch voll belegt waren. Eine Zusammenstellung der Belegungsziffern in der Woche vor Weihnachten zeigt, daß beide Heimstätten noch nicht mal alle Vorgemeldeten unterbringen konnten. Blankenfelde mit 78 belegten Betten hatte noch 28 Vorgemeldete und die Wartezeit betrug 10 Tage, für Malchow mit 104 belegten Betten waren 25 Personen vorgemeldet und die Wartezeit wurde auf 5 Tage angegeben. Im vorhergehenden Jahr waren in Blankenfelde und Malchow vor Weihnachten nur noch 52 und 54 Betten belegt, so daß damals schon viele Betten unbenutzt standen und kein Aufnahme suchender zu warten brauchte. Vom Herbst ab wurden alljährlich die im Sommer mitbenutzten Reserverbetten ausgeföhrt, weil man sie nicht mehr nötig hatte. Auch diesmal verminderten Blankenfelde und Malchow bereits ihre Bettenzahl, obwohl noch Vorgemeldete auf Aufnahme warteten. Im Dezember mußten dann beide Heimstätten ihren Betrieb wieder zu der für den Sommer vorgesehenen Bettenzahl erweitern, und auch so blieben noch Vorgemeldete übrig. Man sieht, daß die Forderung von Abhilfemaßregeln doch wohl nicht überflüssig war. Die Verwaltung hat wenigstens das als notwendig erkannt, den Winterbetrieb auf die sonst nur im Sommer übliche Höhe zu bringen.

Die Frage nach den Ursachen der Mehrung des Zubrangs zu den Frauen-Heimstätten läßt sich nicht ganz einfach beantworten. Die Mehraufnahmen können zu erklären sein aus einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes, aber möglicherweise auch daraus, daß Krankenkassen jezt rascher als im vorhergehenden Jahr zur Ueberweisung in Heimstätten geneigt sind. Sollte auch bei Klassenmitgliedern die Neigung, im Winter in eine Heimstätte zu gehen, zugenommen haben, so wäre das mit Freude zu begrüßen. Ueberwindung der Scheu vor winterlichen Heimstättenkuren kann dazu beitragen, die Aufnahme suchenden besser über das ganze Jahr zu verteilen und in den Sommermonaten den Zubrang zu mindern.

Städtische Vollspeisung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Entnahme von Speisen zu Silvester und am Neujahrstag bereits am Freitag, den 29. Dezember, vorausbezahlt werden muß.

Eierbezugsarten für Gastwirtschaften. Die Eierbezugsarten für die 14. bis 17. Woche gelangen wieder durch die Obmänner der Gastwirtschaften zur Verteilung. Die Empfangsberechtigten können die für sie bestimmten Karten bei dem zuständigen Obmann vom 28. Dezember ab in Empfang nehmen. Eine Zuteilung der Bezugsarten wird nur für diejenigen Wochen erfolgen, in denen überhaupt

Eier gegen Karte verkauft werden. Dies wird jedesmal vorher durch Angabe des Eierartenabschnitts bekanntgemacht.

Vier Großwucherer verhaftet!

Eine Anzahl Händler hatte sich mit anderen Händlern und Aukläufern von Gänsen zusammengetan, um einen Ring zu bilden und den Gänsepreis auf zehn Mark für das Pfund hinaufzutreiben. Im letzten Augenblick schritt aber das Kriegswucheramt ein, verhaftete vier Großhändler und beschlagnahmte ihren Vorrat, drei Waggon Gänse im Werte von 180 000 Mark. Die tüchtigen Geschäftleute wurden zwar vorläufig gegen eine Kaution von je 10 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt, die Untersuchung wird aber gegen sie fortgesetzt werden und die ganze Angelegenheit ist bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung findet am 4. Januar statt. In dieser wird der Vorstand gewählt und bildet sich die Versammlung wieder.

Milch- und Sahneversorgung.

Einen Mangelstand in der Milchversorgung sucht die Fettstelle Groß-Berlin durch die heute veröffentlichte Bekanntmachung über Sahne zu beseitigen. Gegenwärtig werden noch größere Mengen Vollmilch allein zu dem Zwecke entrahmt, um das Bedürfnis eines gewissen Teils der Bevölkerung nach Sahne zu befriedigen. Eine unkontrollierbare große Zahl älterer Sahneartefte muß in Umlauf sein, sonst wäre es nicht zu erklären, daß eine hiesige Groß-Molkerei allein einige Hundert Liter Sahne auf Atteste täglich ausgeben zu müssen behauptet. In Zukunft wird die Erlangung von Sahne nur in der gleichen Weise wie die der Vollmilch für Kranke möglich sein. Die Kranken, die der Sahne zu bedürfen meinen, müssen also ein ärztliches Attest für das von den Gemeinden (in Berlin vom Medizinalamt, Berlin, Fischerstr. 89/92) besondere Formulare ausgegeben werden, einreichen. Die Bewilligung wird von den Medizinalbehörden der einzelnen Gemeinden nur in den dringendsten Fällen ausgesprochen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Sabnenarten am 10. Januar 1917 verlieren alle bisherigen Ausweise ihre Wirkung. Die Molereien und die Milchhändler würden sich strafbar machen, wenn sie nach dem 10. Januar 1917 Sahne anders als gegen die neuen Sahnenarten unter Abtrennung des für den Tag bestimmten Abschnittes abgeben.

Die starken Anforderungen an Vollmilch und die geringe Milchzufuhr machen es zur dringenden Notwendigkeit, allen „Lugus“ in der Milchversorgung zu vermeiden. Diesen Mangel in der Milchversorgung sucht die Fettstelle Groß-Berlin jezt zu beseitigen, daß sie die Milchpräparate (Eisem-, Hoghout-, Lecithinmilch, Kefir und ähnliches) nur noch auf Vollmilchklarten ausgeben läßt, so daß der einzelne Kranke, der der Stärkung durch Milch zu bedürfen glaubt, entweder Vollmilch oder eines der erwähnten Milchpräparate beziehen darf.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfällt auf drei Berliner Lebensmittelarten, und zwar den Abschnitt 11, eine Mähe kondensierte Milch oder Trockenmilch in Menge von 100 Gramm. Die Abschnitte sind am 28. und 29. Dezember 1916 in den durch besondere Verkaufsführer gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Ware wird dann etwa 8 Tage nach Ablieferung der Kartenabschnitte bei den Kleinhandlern gegen Rückgabe der oben erwähnten Empfangsbescheinigung zur Verfügung stehen.

Kaubanfalle in Berlin während des Krieges. In Friedenszeiten kamen in Berlin durchschnittlich zwei Kaubanfalle wöchentlich zur Kenntnis der Polizei. Seit Kriegsbeginn ist diese Zahl ganz wesentlich zurückgegangen. Dies dürfte vor allem auf die Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten zurückzuführen sein. Denn die meisten Kaubanfalle sind sogenannte Gelegenheitsdelikte, die nicht von berufsmäßigen Verbrechern, sondern von Personen ausgeführt werden, die durch Arbeitslosigkeit in Not geraten sind.

Weihnachtsbaumbrände, die sonst eine stehende Begleiterscheinung des Festes sind, wurden in diesen Tagen nicht gemeldet. Wenn es keine Weihnachtsbäume gibt, können freilich auch keine Baumbrände entstehen.

Die Berliner Post beim Jahreswechsel. Am Sonntag, den 31. Dezember, sind die Schalter bei den Hauptpostanstalten für den Brief- und Geldannahmeverkehr von 8—1 Uhr geöffnet. Postwertzeichen werden während des ganzen Tages verkauft. Bei den Zweigpostanstalten findet ein Postwertzeichenverkauf innerhalb der Dienststunden statt, wie sie für die Werktage festgesetzt sind. Briefbestellungen werden am 31. Dezember bis zu drei ausgeführt, außerdem eine Paketbestellung. Am 1. Januar findet eine einmalige Gelddienstleistung im Orte statt.

Privattelegramme nach dem Feldheere.

Die Feldtelegramm-Prüfungsstelle, Berlin W 56, Französische Straße 33a, hat bei der Annahme von Privattelegrammen nach dem Feldheere zugleich die Richtigkeit der angegebenen Tatsachen zu prüfen, um längere Verzögerungen, die durch Rückfragen der Feldtruppenteile zu entstehen pflegen, zu vermeiden.

Die Einwohner Berlins und der Provinz Brandenburg werden daher auf die Notwendigkeit hingewiesen, solche Telegramme, die sie durch die Post zur Aufgabe einreichen, als inhaltlich richtig beglaubigen zu lassen oder aber eine beglaubigte Unterlage beizufügen. Eine verzögerte Abienung der fraglichen Drahtnachricht, veranlaßt durch die notwendige vorherige Rückfrage durch die Feldtelegramm-Prüfungsstelle, ist andernfalls unausbleiblich.

Feldpostpäckchen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß in der Zeit vom 29. Dezember bis einschl. 2. Januar Privat-Feldpostsendungen im Gewicht über 50 Gramm (Feldpostpäckchen) und zwar ohne Unterchied, ob sie an Heeresangehörige im Felde oder an die im Inlande befindlichen Truppen gerichtet sind, von den Postanstalten nicht angenommen werden.

Ueber das Trocknen nasser Pelze hat das Kriegsministerium eine Anweisung von allgemeinem Interesse gegeben. Frucht gewordene Pelze dürfen nicht in der Nähe von heißen Ofen, sondern nur an der freien Luft getrocknet werden. Diese Art des Trocknens geht schnell vonstatten. Die Pelze erhalten dabei ihre Weichheit, während sie beim Trocknen am heißen Ofen hart und brüchig und damit vorzeitig unbrauchbar werden.

In der Ausregung über die Wohnungsündigung hat die 69 Jahre alte Witwe Marie L. aus der Kranoldstraße 10 zu Neufölln Hand an sich gelegt. Die Greisin bewohnte für sich allein eine Stube und Küche. Gestern erhielt sie den Besuch ihrer Tochter, die im Nebenhaus wohnt. Diese fand sie betimmungslos auf ihrem Ruhestuhl liegen. Die Unglückliche hatte Zypol getrunken und starb schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Sie hatte die Kündigung erhalten und, ohnehin schwer herzleidend, sich darüber so aufgeregt, daß sie aus dem Leben zu scheiden beschloß.

Warenhaus- und Taschendiebstahl haben auch dieses Jahr wieder die Weihnachtszeit ausgenutzt. In einem Warenhaus am Alexanderplatz wurden auf einmal drei Diebinnen abgefakt. Zwei hatten nur gelegentlich gestohlen. Die dritte entpuppte sich als eine gewerbmäßige Ladenhebin, eine 22 Jahre alte frühere Modistin Helene Jirgow, die außerdem den Taschendiebstahl im Tiergarten betrieb. Sie stahl hier jungen Männern beim Austausch von Härtlichkeiten die Geldbörsen und erbeutete so erst kürzlich 273 M.

Eine böse Weihnachtsbescherung wurde einem Ubrmacher in der Kleinen Hamburger Straße zuteil. Der Mann war am ersten Feiertage bis 12 Uhr mittags im Laden, schloß dann ab und ging weg. Als er abends um 11 Uhr zurückkehrte, fand er den Laden erbrochen und ausgeräumt. Einbrecher hatten eine vom Flur nach dem Hof führende Tür gewaltsam erbrochen, waren durch ein Fenster, dessen Scheibe sie zertrümmerten, in die Werkstatt und die Wohnung eingedrungen und hatten ein Stück aus der Ladenüre herausgehohlet. Durch das Loch waren sie hineingekommen. Sie hatten für 7000—8000 M. Uhren mitgenommen.

Aus den Gemeinden.

Schnupfen statt Fleisch. Am 24. Dezember, Heiligabend, erhielten die Schönberger Schlächter das für die nächsten Tage bestimmte Fleisch und Fett. Als sie nun mit dem Verkauf an das schon wartende Publikum beginnen wollten, erging der obrigkeitliche Wils, die Läden sofort zu schließen. Was war nun die Folge? Am ersten Weihnachtstfeiertage ein Laufen und Rennen, Jagen und Hasen nach Fleisch. Frühmorgens um 4 Uhr und stellenweise noch früher stellten sich die Frauen auf, um zuerst Fleisch zu erhalten. Der Zulauf war trotz der Kundenlisten so groß, daß viele statt Fleisch sich einen Schnupfen holten.

Köpenick. Die Protokollanten der Protokollkommissionen ihre Tätigkeit eingestellt hatten, scheinen in den letzten Tagen ihr Handwerk wieder aufgenommen zu haben. So ist kürzlich ein Einbruch in eine Köpenicker Protokollkommission verübt worden. Drei Dieben sind über fünfhundert Protokollarten in die Hände gefallen.

Neufölln. Lebende Kaninchen sind eingetroffen und kommen durch die Stadt Neufölln Donnerstag und Freitag nachmittag 2 Uhr zum Verkauf Köpenickerstr. 6.

Soziales.

Unfälle bei verbotswidrigem Handeln.

Die Rechtsprechung über den Entschädigungsanspruch eines Verletzten bei Unfällen infolge eigenen verbotswidrigen Handelns ist immer noch recht schwankend. In der letzten Arbeiterrechts-Beilage des „Correspondenzblattes“ werden ein paar Entscheidungen des Reichsversicherungsamts nebeneinander gestellt, die sich mit diesen Unfällen befassen. Es wird gezeigt, daß in ganz ähnlich liegenden Fällen das Reichsversicherungsamt sich auf einen ganz entgegengelegten Standpunkt gestellt hat; ein Beweis dafür, wie außerordentlich schwer es ist, neuen Rechtsgrundsätzen, auch wenn sie im Gesetz ganz einwandfrei niedergelegt sind, Geltung zu verschaffen. Die Reichsversicherungsordnung hat mehrfach die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts zu Gesetzesbestimmungen erhoben. Das ist in solchen Punkten geschehen, wo früher das Gesetz sich verschiedenartig auslegte und der Reichstag hat damit die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts gewissermaßen Anerkennung gesollt. Das darf natürlich für dieses kein Grund sein, dort, wo der Gesetzgeber andere Wege gegangen ist, auf dem früher angenommenen Standpunkt zu verharren und es hat den Anschein, als ob das Reichsversicherungsamt nur sehr widerwillig die neue Gesetzesvorschrift, daß Unfälle bei verbotswidrigem Handeln den Schadenersatzanspruch nicht ausschließen, akzeptiert. Das ist schon zum Ausdruck gekommen in dem von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes herausgegebenen Großen Kommentar, in dem im dritten Bande auch versucht wird, darzulegen, daß die neue Gesetzesvorschrift die bisherige Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts unberührt lasse. Das ist aber keineswegs der Fall.

Wenn früher das Reichsversicherungsamt Unfälle bei verbotswidrigem Handeln nur dann als entschädigungslos betrachtete, wenn die Tätigkeit noch immer dem Betriebe dienste, so läßt die Vorgeschichte der neuen Vorschrift gar keinen Zweifel daran aufkommen, daß der Gesetzgeber ganz erheblich weiter gehen und alle Unfälle, die sich bei verbotswidrigem Handeln ereignen, als Betriebsunfälle und damit als entschädigungslos betrachten wollte. Es ist außerordentlich auffällig, daß jezt vier Jahre nach Inkrafttreten des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung noch immer solche Entscheidungen zustande kommen können, wie sie noch dem angezogenen Artikel der Arbeiter-Rechtsbeilage der Siebente Senat gefällt hat, während diesen Entscheidungen als Einzelfall die richtige Auslegung durch einen anderen Senat gegenübersteht. Es scheint uns das ein Beweis dafür zu sein, daß während der verflochtenen vier Jahre so mancher Anspruch zu Fall gekommen ist, nur weil das Reichsversicherungsamt an seiner alten Auffassung trotz der ihr entgegenstehenden gesetzlichen Vorschrift festgehalten hat.

Wir stimmen auch der weiteren in dem Artikel vertreteten Auffassung zu, daß durch diese neue gesetzliche Vorschrift eine ganze Reihe von Reichsversicherungsamt früher aufgestellter Begriffe so Fall kommen muß. Ausgehend von der Fassung des § 1 des Unfall-Versicherungsgesetzes vom 6. Juli 1894, daß die Arbeiter gegen die Folgen der „bei dem Betriebe“ sich ereignenden Unfälle versichert seien, hat das Reichsversicherungsamt eine ganze Reihe von einschränkenden Entscheidungen gefällt, indem es den Begriff „bei dem Betriebe“ so ausgelegt hat, daß die Tätigkeit oder Vertretung des Arbeiters in jenem Augenblicke, in dem er den Unfall erleidet, dem Betriebe mittelbar oder unmittelbar dienen müsse, und es ist dann bei Unfällen, die sich bei der sogenannten eigenwirtschaftlichen Tätigkeit des Arbeiters ereigneten, oder die mit sogenannten Spielereien oder auch selbstgeschaffenen Gefahren zusammenhängen, zur Abweisung des Anspruchs gekommen. Wenn nun der Gesetzgeber ausdrücklich in das Gesetz die Vorschrift hineingebracht hat, daß Unfälle bei verbotswidrigem Handeln den Anspruch nicht ausschließen, und zwar auch dann, wenn diese Tätigkeit dem Betriebe nicht dienste, dann muß der erwähnte Grundlay des Reichsversicherungsamts, daß die Tätigkeit, durch die der Unfall verursacht worden ist, immer dem Betriebe dienste haben müsse, einer Revision unterzogen werden. Es bleibt natürlich nichts anderes übrig, als sich streng an die Vorschrift zu halten, wonach nur Unfälle, die ausschließlich herbeigeführt werden, den Schadenersatzanspruch ausschließen.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im November 1916.

Dem Dezemberbest des vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen „Reichs-Arbeitsblatt“ entnehmen wir folgendes: Im November beharrte die deutsche Industrie nicht nur bei der gleich starken Tätigkeit wie im Vormonat, sondern sie wurde vielfach noch gesteigert. Insbesondere ist die Beschäftigung noch ausgeprägter als im November des vorigen Jahres gewesen. Im Bergbau machte sich im allgemeinen gesteigerter Wagenmangel geltend und beeinträchtigte die Höhe des Bergbau. In der Eisen- und Metallindustrie wie im Maschinen- und Apparatebau macht sich dagegen in erster Linie die weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit geltend, die sich dem Vormonat gegenüber, wie insbesondere im Vergleich zum Vorjahr, zu erkennen gibt. Die elektrische Industrie weist nach den vorliegenden Berichten im allgemeinen eine Verbesserung der Lage im Vergleich zum November 1915 auf; teilweise ist auch hier die Tätigkeit stärker als im Vormonat gewesen. Für die chemische Industrie ist die Lage im großen

und ganzen die gleiche geblieben wie im Vormonat; einige der Hauptzweige haben jedoch eine Verbesserung des Geschäftsganges gegen den Oktober dieses Jahres, wie gegen den November des Vorjahres zu verzeichnen. Für die Holzindustrie läßt sich im großen und ganzen keine Verschiebung der Arbeitsverhältnisse feststellen.

Die Nachweisungen von Arbeitslosen ergeben für die am 1. Dezember beschäftigten Mitglieder, dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber, eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 90 433 oder 2,37 Proz. (gegenüber einer Abnahme um 0,39 Proz. im vorhergehenden Monat). Die weibliche Beschäftigung hat demgegenüber eine Zunahme von 74 839 oder 1,89 Proz. (gegenüber einer Steigerung um 1,69 Proz. im Vormonat) erfahren. Im Vergleich zum 1. November d. J. ist also die am 1. Dezember hervortretende Abnahme der männlichen Beschäftigten größer geworden, ebenso ist aber auch die Zunahme der weiblichen Beschäftigten gestiegen. Insofern ist allerdings für November eine Abnahme der Beschäftigungszahl um 24 574 oder 0,30 Proz. zu verzeichnen, während im Vormonat eine Zunahme um 0,61 Proz. festzustellen war. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Beteiligung der Beschäftigungszahl im Vergleichsmonat etwas günstiger ausgefallen. Am 1. Dezember 1913 war insgesamt eine Verminderung der Beschäftigtenzahl um 0,58 Proz. eingetreten. Bei Beurteilung der männlichen Beschäftigtenzahl ist zu berücksichtigen, daß die Kriegesfangenenarbeit in den Ergebnissen der Arbeitslosenstatistik nicht einbezogen ist.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 35 Fachverbänden, die für 751 512 Mitglieder berichteten, wurden Ende November 13 108 Arbeitslose oder 1,7 Proz. gegen 2,0 Proz. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosenziffer ist also abermals gesunken, sie stellt sich auch dem November der drei vorhergehenden Jahre gegenüber niedriger, da sie 1914 8,2, 1915 2,5 und im Friedensjahr 1913 3,1 Proz. betrug.

Gerichtszeitung.

Protowucher.

Die verwitwete Wäldermeister Marie Bachmann, die in Charlottenburg drei große Verkaufsläden unterhält und sich einer sehr zahlreichen Kundschaft erfreut, hatte sich am Mittwoch wegen Betruges und Höchstpreisüberschreitung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin III zu verantworten. Frau Bachmann hatte lange Zeit Brote von sehr erheblichem Rindergewicht — zum Teil fehlten 200 bis 250 Gramm an einem größeren Brot — verkauft. Der Staatsanwalt beantragte 600 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus und erkannte auf dreitausend Mark Geldstrafe und auf Veröffentlichung des Urteils nach erlangter Rechtskraft auf Kosten der Angeklagten im „Vorwärts“ und einigen anderen Berliner Zeitungen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Klafemann bemerkte in der

Urteilsbegründung: Angefichts des Umstandes, daß hier in erster Reihe die ärmere Bevölkerung geschädigt worden ist und in dieser Zeit der Lebensmittellappheit und Lebensmittelteuerung die Handlungsweise der Angeklagten eine strenge Abmilderung der Strafe für angemessen erachtet.

Aus aller Welt.

Lawinsturz in Tirol.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Bozen meldet, ist das Dorf Rabenstein von fünf hintereinander niedergelagerten Lawinstürzen heimgesucht worden. Neun Wohnhäuser, 11 Personen und viel Vieh fielen dem Ereignis zum Opfer. Der Schaden wird auf eine Viertel Million Kronen geschätzt.

Im Königsberger Tiergarten wurde am zweiten Feiertag ein Wärter von einem Bären, dessen Käfig er vermutlich zu schließen verkannt hatte, hinterrücks zu Boden geschlagen und dabei tödlich verletzt. Ein zweiter zu Hilfe eilender Wärter erhielt leichtere Verletzungen. Der Bär wurde durch mehrere Schüsse getötet.

Das Familienbad in Kolberg, das im Dezember 1912 durch Sturmflut zerstört und dann mit einem Kostenaufwand von 98 000 Mark neu erbaut wurde, ist in der Nacht zum 1. Feiertag fast ganz abgebrannt; der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Verhaftung eines Raubmörders. In Düsseldorf wurde Peter Franz Haan aus Essen-Borbeck verhaftet, der überführt ist, in der Nacht zum 20. Dezember in Köln-Deug den Agenten Johann Gasertamp und seinen zwölfjährigen Sohn ermordet und beraubt zu haben. Wegen Beihilfe zur Tat wurde auch Frau Haan verhaftet.

Schiffsunfälle. Stockholm, 27. Dezember. „Berlingske Tidende“ meldet: In den Weihnachtstagen hat sich eine Anzahl von Schiffsunglücksfällen ereignet. Der deutsche Dampfer „Cremone“ stieß nördlich von Gelle auf Grund und wurde wrad. Der Kapitän, der zweite Maschinist und ein Heizer wurden über Bord gespült und kamen um. Der Rest der Besatzung, 13 Mann, brachte zwei Tage bei heftiger Kälte, an den Wänden festgeklemmt, zu. Sie wurden schließlich von dem Torpedokreuzer „Pflander“ gerettet.

Der „König der Eierkammer“ lebt nicht etwa in Deutschland oder in einem der anderen kriegsführenden Länder, sondern in den Vereinigten Staaten. Dort hat nämlich ein besonders unternehmender Mann mit Namen James C. Vertis sich auf die Bildung grandioser Eierlager geworfen. Bisher hat er in seinem Hauptgeschäft in Chicago nicht weniger als 72 Millionen Eier angeammelt, die er zum Preise von ungefähr 1 M. bis 1,50 M.

für das Duzend gekauft hat und zu Beginn des Frühjahres vor der neuen Eieraison um 3/4 bis 4 M. für das Duzend zu verkaufen gedenkt. Trotz aller Beschwerden gegen dieses Vorgehen verharbt der geniale Eierkönig bei seinem Plane mit der eben Veranschlagt, daß das Publikum durch den dank seinen Aufläufen entsetzten Eiermangel schließlich bedingungslos sich seinen Preisen unterwerfen müsse.

Parteiveranstaltungen.

Adlershof. Parteigenossen, „Vorwärts“-Leser! Wer gegen den „Vorwärts“-Boykott ist und es nicht mit seiner Ueberzeugung vereinbaren kann, die Organisation, die diesen beschloffen hat, weiter zu unterstützen, entrichte seine Parteibeiträge an den Kassierer Johannes Feuerstein, Adlershof, Bismarckstr. 82.

Der Kreisvorstand.
J. A.:
Thurov, Groger, Pagels.

Briefkasten der Redaktion.

G. D. 1. Da Sie die Sache nur als Bürgerlich erhalten haben, müssen Sie diese dem Konkursverwalter angeben und Ihre Forderung an die Konkursmasse geltend machen. — 100. W. S. Ein solches Testament können Sie ohne Mißbilligung des Gerichts machen. Es muß unter Angabe des Ortes und Tages von Ihnen selbst geschrieben sein und Ihre Unterschrift tragen. — H. G. Vankov. Ihre Frau hat noch Anspruch auf die Unterstüzung bis zum 15. Januar. — G. C. 1000. G. G. Sie müssen die Mißbilligung des Gerichts anfragen; Sie beträgt in Ihrem Falle 2 M. — G. D. 15. Ihre Frau kann die Unterstüzung nur bis Ende Dezember beantragen. Ein Anspruch auf Lösung besteht nicht. — H. W. Rein. — J. G. 1880. 1. Eine solche Erlaubnis wird Ihnen nicht erteilt werden. 2. Zur Erlangung eines Passes müssen Sie sich an das Polizeipräsidium wenden. — H. A. Bei der Einvernehmung ist das nicht zu verlangen. Beschwerde können Sie erst nachdem erhoben. — W. 27. 1. Rein. 2. Der Diet kann für die Mißbilligung sein Mandat an den Sachanwalt machen. 3. Die Stadt Berlin hat unteres Wäsend berechnen Terrains nicht; wenden Sie sich an die Bauingenieurkammer „Freie Schule“ in Legel, Freie Schule 19. — G. G. 30. Es empfiehlt sich, ein gegenseitiges Testament zu machen. Anleitung dazu erhalten Sie in unserer juristischen Sprechstunde. — C. S. 28. Mit dieser Bezeichnung werden Sie nicht einbezogen; Nachmilderung kann aber noch erfolgen. — Neuzulassung. Eine so schwere Kernenerkrankung, wie Sie angeben, ist das nicht in jedem Falle. Ueber den Grad der Diensttauglichkeit entscheidet der Militärarzt. — F. A. 98. 1. und 2. Bataillon des Stammregiments in Jäbern, 3. Bataillon in Waldburg. Für die Ersatzregimenter sind die Standorte nicht bekannt gegeben. — W. G. 15. 1. Die Spelienanstellen unterstehen dem Herrn Stadtrat Doffin, Berlin, Rathaus 2. Na, nur während der Kriegszeit. — C. L. Peterohagen. Junge, ja, unteres Wäsend wie junge Tauben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Artur Baraun
von der Firma Gumpertz u. Zeller, Burg, am 24. Dezember im Alter von 17 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes, Wolkanstraße, aus statt.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fabrikarbeiter
Paul Debra
von der Firma Hein u. Andree, Tempelhof, am 18. Dezember im Alter von 55 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachführer
August Freese
von der Firma Becker, Eggensteinstraße 23, am 21. Dezember im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Bühnenarbeiterin
Anna Mahlendorf
von der Firma Deutsches Oberhaus, Charlottenburg, am 16. Dezember im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
70/4 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer
Eduard Eckert
Beltsener, Straßburgstr. 84, am 24. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Jäckerstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Walter Budick
Friedrichstr. 54, am 18. Dezember gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinmacher
Max Bünger
Lynarstr. 4, am 22. Dezember gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
127/14 Die Ortsverwaltung.

Der Kaninchen-Verkauf von 2 Mark an sowie von Schlachtlern findet Donnerstag und Freitag, nachmittags 2 Uhr, Böhmischestraße 5, statt. Der Magistrat.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof.
Einladung
zu der am Freitag, den 5. Januar 1917, abends 8 Uhr, im Restaurant Reinhold Köpfer, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 100, stattfindenden
Außerordentlichen
Ausschuß-Sitzung
der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten.
Tagesordnung:
1. Nachmalige Beschlußfassung über die Dienstordnung.
2. Beschlußfassung betr. die Vereinbarung über die Durchführung der §§ 219, 220, 222 R. V. D.
3. Bescheidend.
Beschlüssen und Anträgen sind bis spätestens Dienstag, den 2. Januar 1917, bei der Kasserverwaltung schriftlich einzureichen.
Der Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof.
(geg.) Albert George, 1. Vorsitzender.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken



FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Arbeiter-Notiz-Kalender
1*9*1*7
Mit dem Porträt des verstorbenen Benno Zölde geschmückt, verleiht sich der diesjährige Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielseitige Inhalt ist selbstverständlich den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegsjahre angepaßt. Außer einem reichhaltigen statistischen und Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Kapitalabfindung an Stelle von Kriegs-Verlorenheit. — Bücher zur Kriegsjahresfrage. — Sozialdemokratie und Volkserziehung in der Kriegszeit. — Was tut die deutsche Sozialdemokratie f. den Frieden? — Die Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr. — Der alte Zölde.
Preis gebunden 60 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Bühnenarbeiterin
Anna Mahlendorf
von der Firma Deutsches Oberhaus, Charlottenburg, am 16. Dezember im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
70/4 Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Max Förster
von der 34. Revier-Inspektion.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Friedhofes in Remickendorf aus.
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
35/7 Die Ortsverwaltung.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Anhalterstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Ami Zentrum 2990.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Fabritsch, Adlershof 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markussstraße 36.
NO. V. Zucht, Nymmenischerstr. 12.
N. H. Wolgast, Wallstraße 2. G. Fischer, Sankt-Annenstraße 6.
Karl Mars, Grefenbagenstr. 22. J. Gönisch, Müllerstr. 21a.
G. Vogel, Vorplatzstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48.
SW. G. Schmidt, Bernowstr. 42.
S. St. Preis, Prinzenstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Langstr. 14/15. P. Horst, Engelstr. 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Bismarckstr. 28.
Bismarckweg. G. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schuberger, Eichenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Weckmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Goulik, Parkstr. 23.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 24.
Köpenick. Emil Wöhler, Riegerstr. 6. Laden.
Lichtenberg I. Otto Seidel, Gartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. H. Reizenstrau, Alt-Borsigagen 56.
Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Harub, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Karl Rohrbach, Eichenbühlstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Nihmann, Nützenstr. 21.
Reinickendorf. W. Gursch, Gropiusstr. 55, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Weininger Str. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Breitenstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wilmstr. 5.
Tempelhof. Hefermann, Kaiser-Wilhelmstr. 74.
Tropow. Robert Gramenz, Rietzstr. 412, Laden.
Weißensee. Gustav Kohnsopf, Berlin-Waldsee 11.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Wils-Industrie.

Glumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
Inh.: P. Gollets
Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützsohlen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leisten, Stützsohlen usw., Kräfte zur Geländebildung u. Krankepflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N. Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umg.
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Krieg wieder zwei brave Kollegen aus unserer Mitte gerissen hat, und zwar:
Karl Wolf,
Bruno Schölske.
Ein ehrenvolles Andenken werden wir beiden Dahingegangenen bewahren!
288/14 Der Vorstand.

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.
Nachruf.
Am 17. Dezember 1916 verstarb plötzlich unser Mitglied
Hermann Wust.
Ehre seinem Andenken!
288/15 Der Vorstand.

ALASKA-Füchse
Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiner Werkstatt
Köln. Fischmarkt 1 II, zwisch. Breitstraße u. Städt. Sparkasse (Boer). — NB. Füchse, Hasen, Kanin und Hasen führe ich nicht.

Nieder-Schöneweide. Wilh. Harub, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Karl Rohrbach, Eichenbühlstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Nihmann, Nützenstr. 21.
Reinickendorf. W. Gursch, Gropiusstr. 55, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Weininger Str. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Breitenstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wilmstr. 5.
Tempelhof. Hefermann, Kaiser-Wilhelmstr. 74.
Tropow. Robert Gramenz, Rietzstr. 412, Laden.
Weißensee. Gustav Kohnsopf, Berlin-Waldsee 11.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Wils-Industrie.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
bearbeitet v. Paul Strich,
Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene
Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften, Kriegsverwundete, Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Allen Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß der Schloffer
Joseph Goike
von der Firma Belgant am 22. Dezember verstorben ist.
Dies gelte an
Hermann Ebelst nebst Frau.
Die Beerdigung findet 6 u 1/2 e Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Städt. Friedhofes, Wolkanstr. 44/45, aus statt.

Nachruf.
Am 24. Dezember d. J. starb ganz plötzlich unser Kollege
Ernst Salzmann
im 28. Lebensjahre. Wir verlieren in demselben einen lieben Freund, dem wir stets ein gutes Andenken bewahren werden.
Die Kollegen
1606b
der Firma Berliner Metall-Industrie G. m. b. H.

ALASKA-Füchse
Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiner Werkstatt
Köln. Fischmarkt 1 II, zwisch. Breitstraße u. Städt. Sparkasse (Boer). — NB. Füchse, Hasen, Kanin und Hasen führe ich nicht.

Kopenhagener Kautabak
darf nicht mehr eingespart werden. Bester Ersatz ist Kapiän-Kopenhagener feinsten Qualität in demselben Gepräge.
Erhältlich in den meisten Geschäften.
C. Röder, Berlin, Grüner Weg 111. (Rgt. 3861.)
Hauptlieferant d. Kapiän-Tabake sowie Nordhäuser u. Mühlh. Kautabake, Zigaretten u. Original-Tabakpreisen.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3